

**Interkulturelles**

**DDS**

Zeitschrift  
der Gewerkschaft  
Erziehung und Wissenschaft  
Landesverband Bayern

Juni  
2004

## Inhalt:

### Interkulturelle Kompetenz: Eine Schlüsselkompetenz

von Sanem Kleff ..... S. 3

### »Die Eltern kommen nicht...«

Gedanken zur interkulturellen Elternarbeit in Bildungseinrichtungen  
von Rabija Avdic ..... S. 6

### Interkulturelle Mediation

von Barbara Schramkowski ..... S. 8

### Männlichkeitsrituale

Methodisches Arbeiten mit türkischen Jugendlichen  
von Dr. Ahmet Toprak ..... S. 9

### Ethnische Differenzenerfahrung im Alltag Jugendlicher

Fremde durch multikulturelle Programmatik?  
von Hans Lösch (DJl) ..... S. 12

### Arbeitszeiterhöhung und mehr:

#### GEW ist nicht im Konsens mit Frau Hohlmeier!

von Gele Neubäcker ..... S. 14

#### Arbeitszeiterhöhung schafft arbeitslose JunglehrerInnen: Trotzdem eine Chance für die Jungen?

von Hans-Peter Roth und Joe Lammers ..... S. 15

#### Dank G8 arbeiten ohne Pause?

von Hans Schuster ..... S. 15

### Hauptschulen in Bayern:

#### Ein neuer Lehrplan und weniger Schüler und Schülerinnen

von Gele Neubäcker ..... S. 16

#### Amoklauf der Bezirke und Kommunen

Was bleibt übrig von der Eingliederungshilfe  
von Günther Schedel-Gschwendtner ..... S. 18

#### Ausreisezentren: Angriff auf die Menschenrechte

von Philipp Heinze ..... S. 19

#### Starke Kolleginnen und Kollegen

Der Kreisverband Donau-Ries/Dillingen ..... S. 21

Rezensionen ..... S. 23

Dies und Das ..... S. 24

Veranstaltungen und Glückwünsche ..... S. 26

Kontakte ..... S. 28

**Sonderschullehrerin mit Beamtenstelle in Oberfranken  
sucht Tauschpartner/in für Mittelfranken  
zum Schuljahr 2004/05; Tel: 09 11-9 37 85 84 bzw.  
0 95 71-94 62 62; Handy: 01 63-8 37 85 84**

Ab \_\_\_\_\_ gilt folgende Änderung (meiner Adresse, Bankverbindung,  
Eingruppierung, Beschäftigungsart, Teilzeit, Erziehungsurlaub, Arbeitsstelle,  
GEW-Funktion ...)

Name:

Mitgliedsnummer:

Änderung:

Bitte zurück an GEW Bayern, Schwanthalerstr. 64, 80336 München  
Grundsatz aller Gewerkschaften: Wer weniger verdient, zahlt weniger Beitrag (wenn  
es uns mitgeteilt wird!). Wer unter dem satzungsgemäßen Beitrag liegt, verliert seinen  
gewerkschaftlichen Rechtsschutz!

**Interkulturelles?** »Gibt es in Zeiten sozialen Kahlschlags und permanenter Angriffe auf gewerkschaftliche Errungenschaften keine wichtigeren Themen?« prognostizieren wir als Zweifel am Schwerpunkt dieses Heftes. Auch wir haben uns das gefragt und doch auf unserem Vorhaben beharrt. Denn gerade in solchen Zeiten scheint es uns wichtig, dieses Thema aufzugreifen. Gibt es doch schon viel zu viele empirische Belege dafür, dass es den Herrschenden immer wieder gelingt, die Angst und soziale Verunsicherung, die durch gesellschaftliche Verwerfungsprozesse entstehen, von deren eigentlichen Verursachern abzulenken, hin auf »die Anderen«. So kann sehr schnell Schluss sein mit der Akzeptanz von »Multikulti«, wenn die eigenen Ressourcen verknappt werden und man sie verteidigen muss. Dies haben vor ein paar Jahren erschreckende Ergebnisse von Untersuchungen im gewerkschaftlichen Milieu<sup>\*)</sup> gezeigt.

Es kommt uns mit den Beiträgen in diesem Heft darauf an, pädagogische Anstöße zu geben, vielleicht auch uns selbst Unverständliches erklärt zu bekommen – auf jeden Fall aber, ein Weiterdenken anzustossen.

Die aktuelle Diskussion zum sog. »Zuwanderungsgesetz«, das im Laufe seiner parlamentarischen Behandlung zu einem »Zuwanderungsverhinderungsgesetz« mutierte, und die zum möglichen EU-Beitritt der Türkei, die sich aktuell zu einer Debatte um kulturelle Unvereinbarkeit zuspitzt, zeigen, wie notwendig es ist, sich gerade jetzt mit dem Thema zu befassen. Wenn unsere Gesellschaft künftig nicht mehr den alten Reaktionsmustern ausgeliefert bleiben soll, ist es wichtig, dass Kinder und Jugendliche lernen, dass Menschen trotz unterschiedlicher Herkunft und Kultur mehr gemeinsam haben, als sie trennt. Karin Just

<sup>\*)</sup> vgl.: [www.dgb.de/themen/zuwanderung/zuw-material.htm](http://www.dgb.de/themen/zuwanderung/zuw-material.htm) > Schlussbericht der Kommission Rechtsextremismus

### Betr: BAT-Tarifverteiler

Zu Tarifrfragen werden bei gegebenem Anlass von der Tarifabteilung der GEW Tarifinfos an einen entsprechenden Verteilerkreis versandt. Bisher sind in diesem Verteilerkreis automatisch alle Mitglieder, die Funktionen als Betriebs- oder Personalratsmitglied haben bzw. die als Vertrauensleute gemeldet sind und in BAT-tarifgebundenen Betrieben arbeiten.

KollegInnen, die noch nicht in diesem Verteiler sind, können nun auf Wunsch ebenfalls beliefert werden, wenn sie sich in der nächsten Zeit bei Günter Nalenz in der Landesgeschäftsstelle der GEW Bayern melden: [gn@bayern.gew.de](mailto:gn@bayern.gew.de) oder 0 89-54 40 81 13. Sie sollten allerdings angeben, wie viele Exemplare sie jeweils bekommen wollen.

### Impressum:

ISSN 0011-8311

DDS • Die Demokratische Schule • **Herausgeber:** Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB, Landesverband Bayern, Geschäftsstelle: Schwanthalerstr. 64, 80336 München, ☎ 0 89-5440810 • Fax: 0 89-5 38 94 87 • e-mail: [info@bayern.gew.de](mailto:info@bayern.gew.de)

**Redaktionsleiterin:** Karin Just, Heimeranstr. 58, 80339 München oder über die Geschäftsstelle der GEW erreichbar • ☎ 0 89-51 00 91 02 • Fax: 089-5389487  
e-mail: [Karin.Just@t-online.de](mailto:Karin.Just@t-online.de) und [KJ@bayern.gew.de](mailto:KJ@bayern.gew.de)

**Redaktionelle MitarbeiterInnen:** Verena Escherich, Gerhard Endres, Johannes Glötzner, Hannes Henjes, Gele Neubäcker, Inge Poljak, Ute Schmitt, Ernst Wilhelm.

**Gestaltung:** Karin Just

**Bildnachweis** (nur soweit nicht an Ort und Stelle berücksichtigt): Titel: David Ausserhofer

**Druck:** Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München, ☎ 0 89-5 02 99 94

**Anzeigenannahme:** über die Redaktionsleitung

**Anzeigenverwaltung:** Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München,

☎ 0 89-5 02 99 94, e-mail: [team@druckwerk-muenchen.de](mailto:team@druckwerk-muenchen.de)

Zur Zeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 12 vom 1.1.2003 gültig.

Mit Namen oder Namenszeichen gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der betreffenden VerfasserInnen dar und bedeuten nicht ohne weiteres eine Stellungnahme der GEW Bayern oder der Redaktion. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Druckschriften wird keine Gewähr übernommen. Bei allen Veröffentlichungen behält sich die Redaktion Kürzungen vor. Der Bezugspreis ist für GEW-Mitglieder des Landesverbandes Bayern im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. Der Bezugspreis für Nichtmitglieder beträgt jährlich 21,- EUR zuzüglich Porto, der Preis der Einzelnummer 2,50 EUR zzgl. Porto.

Die DDS erscheint monatlich mit Ausnahme der Monate Januar und August.

**Adressenänderung:** Ummeldungen bitte an die Landesgeschäftsstelle der GEW.

**Redaktions- und Anzeigenschluss:** jeweils am 6. des Vormonates



## Interkulturelle Kompetenz: Eine Schlüsselkompetenz

Foto: Bert Butzke

Spätestens seit der Empfehlung der Kultusministerkonferenz (KMK) vom November 1996 besteht darüber Konsens, dass interkulturelle Kompetenz zu den Schlüsselkompetenzen zählt.

Auch wenn hieraus noch lange nicht die notwendigen Konsequenzen in Bezug auf den Ausbau von Kindergärten, Horten und Vorklassen bzw. der Ausbildung der dort tätigen KollegInnen gezogen werden, bezweifelt niemand ernsthaft, dass dies ein sinnvoller Weg wäre. Wie so oft in der pädagogischen Arbeit sind solche Erkenntnisse bei den KollegInnen, die in der praktischen Arbeit tätig sind, wesentlich früher vorhanden.

Sie wissen auch ohne langjährige kostenträchtige wissenschaftliche Untersuchungen und ja sogar schon vor der Veröffentlichung der PISA-Ergebnisse, wie wichtig die frühkindliche Erziehung ist. Hier werden die Grundlagen für den lebenslangen weiteren Lernprozess gelegt. Viele Einrichtungen warten mit der Umsetzung dieser Erkenntnis in die praktische Arbeit nicht, bis die notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen werden, sondern beginnen damit unter den gegebenen Umständen. Nachfrage nach geeignetem Lehrmaterial ist zwar vorhanden, kann aber nicht ohne weiteres befriedigt werden, da es bislang kaum Materialien für den Einsatz in Kindergärten gibt. Dieses Defizit griff ein Gemeinschaftsprojekt der Anne-Frank-Stiftung in Amsterdam und des Hauptvorstandes der GEW auf.

### »Das bin ich«

Das pädagogische Konzept »Das bin ich« zur Entwicklung und Förderung interkultureller Kompetenz bei vier- bis achtjährigen Kindern entstand in diesem Projekt.

Es ist müßig und sprengt den Rahmen, an dieser Stelle einen Überblick über die unterschiedlichsten Definitionen

von interkultureller Kompetenz zu geben. Ebenso müßig ist es, den Begriff Kultur näher zu analysieren, da eine unüberschaubare Anzahl unterschiedlicher und sich zum Teil widersprechender Definitionen vorhanden ist. Ich belasse es hier bei der Beschreibung der Definition, die von uns, den für das Projekt »Das bin ich« verantwortlichen PädagogInnen vertreten wird.

Wir gehen davon aus, dass sich eine gelebte demokratische Kultur dadurch auszeichnet, dass alle Mitglieder des Gemeinwesens die gleichen Rechte und Pflichten haben und diese leben und verteidigen.

Niemand darf durch Diskriminierung und Ausgrenzung in seiner Lebensführung und Planung beeinträchtigt sein. Stigmatisierung, Benachteiligung, Ausgrenzung aufgrund von Hautfarbe, nationaler Herkunft, aus sozialen Gründen, wegen religiöser oder politischer Überzeugungen, wegen sexueller Lebensweisen oder welcher anderen Besonderheit auch immer dürfte es demnach in einem demokratischen Gemeinwesen nicht geben.

Jedes Individuum muss demzufolge über die Kompetenz verfügen, jenseits der kulturellen Eigenheiten der Anderen diese gemeinsame Zielsetzung nicht aus dem Auge zu verlieren und sein eigenes Handeln so zu gestalten, dass dieses Ziel erreicht wird.

»Das bin ich« unterstützt Lehrkräfte bei der Realisierung des Lernzieles, die Kinder auf das Leben in einer multikulturellen Gesellschaft vorzubereiten. Das zugrundeliegende pädagogische Konzept hebt sich in mancherlei Hinsicht von bisher gängigen Ansätzen ab. Im Vordergrund steht nicht die Vermittlung unterschiedlicher kultureller, traditioneller, schichtspezifischer, herkunftsbedingter, glaubensbedingter Unterschiede und spezifischer Verhaltensformen, sondern vielmehr die gemeinsamen Bedürfnisse aller Mitglieder einer Gruppe.

Hierbei wird davon ausgegangen, dass es dem Einzelnen nur dann möglich ist, das ihn mit seinem Nachbarn Verbindende zu erkennen, wenn er genauer erkennt, wer der Andere ist. Je bewusster ihm seine eigenen zentralen Bedürfnisse, Ängste und Wünsche sind, umso eher vermag der Einzelne ähnliche Ansätze bei Anderen zu erkennen.

Den Kern des multimedialen Materialpaketes bilden zwölf Geschichten aus der alltäglichen Erlebniswelt von Kindern zwischen vier und acht Jahren aus den am Projekt beteiligten vier Partnerländern Niederlande, Dänemark, Luxemburg und Deutschland.

Die Hauptpersonen der Geschichten existieren tatsächlich. Ihre Aktivitäten, ihre häusliche Umgebung – und ihre Gefühle – sind authentisch. Die Kinder sind sehr verschieden und jedes von ihnen hat seine Stärken.

Die Fotos und Texte in den Bilderbüchern animieren zur Identifikation mit den Hauptpersonen. Übereinstimmungen machen Kinder aufgeschlossen für Andere, Unterschiede fordern gemäß des Mottos des europäischen Jahres gegen Rassismus »Alle Anders – Alle Gleich« zum Vergleich heraus.

Im Zentrum der Geschichten stehen sog. universelle Themen, wie z. B. Angst haben, Enttäuschung, Träumen, Verlieren/Wiederfinden, Traurig sein oder Mut haben. Aus

wertgefühl ist die Wertschätzung des Anderen nicht möglich.

Die konkrete und natürliche Darstellung der kulturellen Hintergründe, insbesondere auf den Fotos, trägt implizit dazu bei, Vorurteile oder Stereotypen zu vermeiden.

Auf selbstverständliche Weise kommen in den Texten unterschiedliche Erstsprachen vor. Die Geschichten verdeutlichen, dass eine Vielzahl von Sprachen auf ganz unspektakuläre Art und Weise die Realität Europas bildet. Die Anerkennung und Wertschätzung von Mehrsprachigkeit wird deutlich hervorgehoben. Die CD zu den Geschichten enthält deshalb die Texte auch einerseits in der jeweiligen europäischen Nationalsprache, zum anderen aber zusätzlich in den Erstsprachen der Kinder. So steht Farsi gleichrangig neben Dänisch, Arabisch, Luxemburgisch und Türkisch.

Um Missverständnissen vorzubeugen: Das Material ist nicht zur Sprachförderung gedacht. Dies erfordert andere Instrumentarien. Allerdings schafft das Material konkrete Sprechanlässe und bietet eine Vielfalt an Motivationen, intensiver in der Gruppe zu kommunizieren. So gesehen trägt es seinen Teil zur Förderung der Sprachkompetenz bei.

Das Materialpaket kann über den Hauptvorstand der GEW in Frankfurt zu einem Preis von 105 Euro bestellt werden.



Foto: David Ausserhofer

der Rahmenhandlung sind eine Vielzahl von Sachthemen abzuleiten, wie z.B. Familie, Kindergarten, Schule, Kuschtiere, Geburt, Tiere, Zusammenarbeit oder Glücksbringer. Welches dieser Themen tatsächlich in der Gruppe thematisiert wird, hängt einzig vom Interesse der Gruppe ab.

Die Geschichten zeigen bewusst die Situationen, in denen die Kinder durchaus vor Problemen stehen, ihnen aber auch Anerkennung und Unterstützung von anderen zuteil wird. Bei der Arbeit mit dem Material steht die Frage »Kennst Du das auch?« im Zentrum. Jedes Kind in der Gruppe wird dazu animiert, seine eigenen Erfahrungen, Ängste und Wünsche zu artikulieren. Ziel ist, das Selbstbewusstsein der Kinder durch die Verstärkung des Bewusstwerdens seiner Selbst zu stärken. Die These ist: Ohne ein stabiles Selbst-

### »Schule OHNE Rassismus – Schule MIT Courage«

Dieses Projekt hat seinen Ursprung in Belgien, wo sich in den achtziger Jahren SchülerInnen und PädagogInnen zusammenfanden, um der damaligen rassistischen Stimmung im Land durch Aktivitäten an Schulen entgegen zu wirken. Über die Niederlande kam das Projekt 1995 in der Trägerschaft von AktionCourage e.V. nach Deutschland. Mittlerweile haben sich dem Projekt auch Schulen in Österreich, Spanien und Portugal angeschlossen.

Kern des Projektes ist die Unterstützung von SchülerInnen, die gegen Diskriminierungen jeglicher Art, insbesondere Rassismus, aktiv vorgehen wollen. Konsequenterweise werden Schulen nicht von außen dazu gebracht, sich dem Netz der ausgezeichneten Schulen anzuschließen, sondern die Initiative muss aus den Schulen selbst kommen. Aktive SchülerInnen bemühen sich, eine breite Zustimmung zu dem Selbstverständnis einer Schule OHNE Rassismus zu erhalten.

1. Ich werde mich dafür einsetzen, dass es zu einer zentralen Aufgabe meiner Schule wird, nachhaltige Projekte, Aktivitäten und Initiativen zu entwickeln, um Diskriminierungen, insbesondere Rassismus zu überwinden.
2. Wenn an meiner Schule Gewalt, diskriminierende Äußerungen oder Handlungen ausgeübt werden, wende ich mich dagegen und setze mich dafür ein, dass wir in einer offenen Auseinandersetzung mit diesem Problem gemeinsam Wege finden, künftig einander zu achten.

3. Ich setze mich dafür ein, dass an meiner Schule ein Mal pro Jahr ein Projekt zum Thema Diskriminierungen durchgeführt wird, um langfristig gegen jegliche Form von Diskriminierung, insbesondere Rassismus, vorzugehen.

Mit ihrer Unterschrift müssen sich nun mindestens 70 % aller Personen an der Schule (SchülerInnen, LehrerInnen, Sekretariat, technische MitarbeiterInnen, etc.) diese Selbstverpflichtung zu eigen machen.

Zur Umsetzung dieses Schulprofils suchen die SchülerInnen nach Personen des öffentlichen Lebens, die ihnen als Patinnen und Paten unterstützend zur Seite stehen. Bislang

haben sich eine Vielzahl von engagierten Patinnen und Paten, wie z.B. die Schauspielerinnen Iris Berben und Barbara Salesch, Musiker wie Herbert Grönemeyer, Olli P., Die Prinzen, Campino von den Toten Hosen, Sportler wie Michael Preetz, Marco Bode oder Dieter Baumann, aber auch die Freiwillige Feuerwehr Bad Schlema oder der Radiosender EinsLive gefunden.

In Anwesenheit der PatInnen wird im Rahmen eines feierlichen Festaktes der Schule der Titel durch die Bundeskoordination verliehen. Dieses wird durch das Anbringen eines Metallschildes »Schule OHNE Rassismus – Schule MIT Courage« am Schulgebäude öffentlich dokumentiert.

### **Die eigentliche Arbeit geht nun erst richtig los.**

Durch ein Netz von Landeskoordinationen und regionalen Partnern des Projektes haben die SchülerInnen nunmehr die Möglichkeit, bei ihren diversen, von ihnen selbst zu entwickelnden Aktivitäten Unterstützung zu erhalten. Hilfreich wirken auch auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene durchgeführte Seminare und open space-Veranstaltungen, wo sie ihre Erfahrungen austauschen können.

Die Bundes- und Landeskoordinationen bieten inhaltli-



Foto: Manfred Vollmer

che Seminare zur Förderung spezifischer Kompetenzen an. Hierzu gehören workshops für RedakteurInnen von Schülerzeitungen, aber auch Informationsveranstaltungen zu den unterschiedlichsten Themen im Bereich Menschenrechtserziehung.

Die Dokumentationen der Schulprojekte zeigen, dass die SchülerInnen und Schüler sich mit dem gesamten Spektrum von Diskriminierung intensiv auseinandersetzen:

Eine Grundschule rekonstruiert den Lebenslauf jüdischgläubiger SchülerInnen in der NS-Zeit, andere befassen sich mit dem Ausländergesetz, laden Politiker in die Schule ein und formulieren ihre Vorstellungen; SchülerInnen der Sekundarstufe set-

zen sich mit dem alltäglichen Rassismus auf der Straße auseinander, lassen sich zu Konfliktlotsen ausbilden oder bereiten eine Ausstellung über rechte Symbole vor.

Hier zeigt sich, dass der Ansatz des Projektes, keine Themen vorzugeben, sondern die SchülerInnen dazu zu motivieren, Themen, die sie beschäftigen, ins Zentrum ihrer Aktivitäten zu stellen und somit ihre Motivation zu stärken, zu einer größeren Kreativität und Produktivität führt.

Auf dem Gewerkschaftstag 2001 beschloss die GEW, im Rahmen des Beschlusses »Rechtsextremismus und Antisemitismus« die Ausweitung und Institutionalisierung des Projektes zu unterstützen. Dieser Beschluss ermöglichte es, dass das Projekt im Rahmen der Aktivitäten der Bundesregierung gegen Rechtsextremismus mit Mitteln aus dem Xenos-Programm gefördert wird.

Im Mai 2004 tragen mittlerweile fast 200 Schulen den Titel »Schule OHNE Rassismus – Schule MIT Courage«.

Die Unterlagen können auch direkt angefordert werden bei:  
Schule OHNE Rassismus • Bundeskoordination • Ahornstr. 5 • 10787 Berlin  
Tel.: 030-21 45 86-0 • Fax: 030-21 45 86-20  
e-mail : schule@aktioncourage.org

**von Sanem Kleff**

Vorsitzende des  
GEW-Bundesausschusses für  
multikulturelle Angelegenheiten (BAMA)



Bitte vormerken: Der LIB (Landesausschuss Interkulturelle Bildung der GEW Bayern) lädt ein zur Fachtagung:

## **»Chancengleichheit durch Bildung«**

**Migrantinnen-Arbeit und interkulturelle Erziehung im Bereich der Sozialpädagogik und Schule**

**am 25.09.2004 in Nürnberg** (im Rahmen der interkulturellen Woche)

Mit: Sanem Kleff (BAMA) und Schorsch Wiesmaier (Vorsitzender GEW Bayern)

Referate und Arbeitsgruppen zu folgenden Themen: PISA-Ergebnisse zu Herkunft und Bildungserfolg • Erziehung zu interkultureller Kompetenz • Elternarbeit • Sprachförderung Deutsch u.a.

Genaueres Programm in der nächsten DDS!

Kontakt: Otmar Eholzer, ☎ 0 89 – 9 57 46 09 • e-mail: O.Eholzer@freenet.de

## »Die Eltern kommen nicht ...«

### Gedanken zur interkulturellen Elternarbeit in Bildungseinrichtungen

»Die Eltern kommen einfach nicht. Ich weiß nicht, warum sie sich nicht um ihre Kinder kümmern. Die Migranteneltern kommen noch weniger.« Diese oder ähnliche Klagen von Fachkräften in den Bildungseinrichtungen sind regelmäßig zu hören. Ohne die Mitarbeit der Eltern geht es nicht im Erziehungs- und Bildungsprozess. Wir wollen hier einige Gedanken zu Ansätzen interkultureller Elternarbeit darlegen.

Liegt es am Desinteresse der Eltern, liegt es an fehlenden Sprachkenntnissen oder liegt es an einem gesamten Konzept, das die Schule und andere Bildungseinrichtungen für alle Eltern nicht offen und zugänglich erscheinen lässt?

### Die Situation der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund

Ein gesellschaftlicher Wandel findet statt, ein Wandel, in dem alles bisher fest und sicher Geglaubte an Beständigkeit verloren hat. Vielen stellt sich die Frage: Was wird morgen, was wird übermorgen sein? Kaum einer – gleich welcher kulturellen Herkunft oder welcher sozialen Stellung, gleichgültig ob Erwachsener oder Jugendlicher – kann sich dieser existenziellen Sorgen entziehen. Habe ich morgen noch Arbeit? Wovon soll ich leben? Wie soll ich leben? Mögen Kinder und Jugendliche die Tragweite der Anforderungen und der »neuen Unübersichtlichkeit« noch nicht sehen oder wahrnehmen, hautnah und unmittelbar werden sie damit konfrontiert in der Verunsicherung der Erwachsenen, besonders ihrer Eltern.

Die neuen, oftmals verwirrenden, jedenfalls sehr hohen Anforderungen, die an Lehrkräfte, Eltern, Schule und andere Bildungseinrichtungen insgesamt gestellt werden, geben diese – ob gewollt oder ungewollt – an die Kinder und Jugendlichen weiter.

Dies gilt nicht nur für Migrantenkinder, aber für sie in ganz besonderem Maße. Hier geboren und aufgewachsen in der Ambivalenz zwischen den Anforderungen ihrer Eltern und den hier geltenden Wert- und Moralvorstellungen, sind sie besonderen Herausforderungen ausgesetzt.

Dazu kommt, dass verschiedene Migrantengruppen starker gesellschaftlicher Abwertung ausgesetzt sind. Dazu zählt auch, dass die Herkunftssprachen der Kinder und ihrer Familien ignoriert und nie als wertvolle Ressource angesehen werden. In unseren pädagogischen Projekten mit Schulen konnten wir sehr häufig die Erfahrung machen, dass den Lehrkräften gar nicht bewusst ist, wie viele verschiedene Sprachen in ihren Klassen gesprochen werden und welch



Foto: Veit Mette

ein großes Potential dies eigentlich darstellt. Die Ignoranz der Herkunftssprache verringert das Selbstbewusstsein der Kinder wie auch ihrer Eltern und erschwert das Erlernen der deutschen Schulsprache.

Somit wird die Identitätsfindung und Stabilisierung dieser Jugendlichen zum offenkundigen Problem. Und dies umso mehr, als sie erfahren, dass nicht nur die Herkunftskultur ihrer Eltern, sondern inzwischen auch die hiesigen Wert- und Moralvorstellungen unklar, unsicher und fraglich geworden sind und ihnen somit keine Sicherheiten über ihr zukünftiges Leben mehr geben können.

Es ist kein Zufall, dass bei Migrantenkindern sich eine Identitätsdiffusion überproportional breit macht und sich in »auffälligen« Verhaltensbesonderheiten niederschlägt: Aussteigen aus dem Ausbildungsprozess, Gewalttätigkeit, Arbeitslosigkeit, Drogen-Konsum.

Diese Verunsicherung der Jugendlichen fordert die Bildungseinrichtungen wie auch die Eltern im Interesse der Zukunft der Kinder und Jugendlichen, speziell derer, deren Eltern einen Migrationshintergrund haben, dazu auf, ihre Rolle, ihre wechselseitigen Erwartungen und ihre Selbstwahrnehmung zu überprüfen. Hier ist zu überprüfen, ob die Schule mit ihrem Gleichbehandlungsprinzip gegenüber den SchülerInnen mit ihren sehr verschiedenen unterschiedlichen Ausgangssituationen sowie den individuellen Lernmöglichkeiten gerecht werden kann. In diesem Zusammenhang sollten neue Formen der Kooperation der verschiedenen Bildungseinrichtungen und dem Elternhaus gefunden und entwickelt werden.

### Erwartungsmuster von Eltern und Schule

Die Kernaufgabe der Schule als Ausbildungsinstitution steht fest: Professionelle Ausbildung der ihnen anvertrauten Kinder und Jugendlichen. Als öffentliche Institution für alle verpflichtend vermittelt die Schule die hier herrschenden Wert- und Moralvorstellungen – eine wertschätzende Haltung und die Einbeziehung der Erfahrung, der Werte

und Normen sowie Erziehungsmuster anderer Kulturen erschwert das Verhältnis miteinander. Als kleines Beispiel möchten wir anführen, dass die hohe Norm der individuellen Durchsetzungsfähigkeit, die in der Schule verlangt wird, bei einer Familie, die großen Wert auf den Familienzusammenhalt legt, starke Konflikte erzeugen kann.

Selbstbewusstsein, Mündigkeit, selbstständige Erledigung der Hausarbeiten, Engagement der Eltern für die Schule und ein umfassendes Sprachverständnis sind Erwartungen der Schule an die Eltern. Umgekehrt erwarten häufig Migranteneltern, dass die Schule zu Gehorsam und Respekt erzieht sowie alle Aufgaben im Zusammenhang mit dem Lernauftrag vollständig übernimmt.

Am Beispiel einer Befragung von Eltern aus dem ehemaligen Jugoslawien wurde deutlich, dass vor allem folgende Themen eine wichtige Rolle spielen: Die sozioökonomische Lebenssituation, die häufig von Geldsorgen geprägt ist (auch die Familie in der Heimat muss unterstützt werden), unsicherer Aufenthaltsstatus, Diskriminierungserfahrungen und Unverständnis gegenüber ihrer Migrationssituation, unverarbeitete Traumata. Dies lässt oft wenig Zeit und Kraft für die schulischen Probleme der Kinder übrig. Dazu kommt, dass im Schulsystem des Herkunftslandes die Verantwortung für Bildung und Erziehung vollkommen bei der Schule lag.

## Die Funktion der interkulturellen Elternarbeit

Was ist zu tun, um den verschiedenen Erwartungen gewappnet gegenüberstehen zu können? Hier ist ein Konzept der interkulturellen Elternarbeit zu entwickeln, das die wechselseitige Verständigung und Kooperation von Schule und Eltern mit Migrationshintergrund erheblich erleichtert und verbessert. Dieses Konzept muss eingebettet sein in das Gesamt-Elternarbeitskonzept der Institution. Damit wird deutlich, dass es eine Aufgabe der Gesamtorganisation ist und nicht als Nebenthema einiger Interessierter behandelt werden darf.

Einige Ideen und Beispiele möchten wir auführen: So ist es erforderlich, dass Aushänge und Informationen in die relevanten Sprachen übersetzt werden und die Räume die Vielfalt der Herkunft ihrer NutzerInnen widerspiegelt. Einführungsabende für ausländische Eltern sollten unter Hinzuziehung von MitarbeiterInnen mit entsprechenden sprachlichen Kompetenzen stattfinden. Ebenfalls sollten sich die Fachkräfte in den verschiedenen Bildungseinrichtungen wie Schule, Kinderkrippen und Kindergärten in interkultureller Kompetenz fortbilden lassen, um besser auf kulturelle, religiöse und migrationsspezifische Gegebenheiten eingehen zu können. In der Arbeit sollte darauf geachtet werden, dass eine vertrauensvolle und vorurteilsfreie Atmosphäre herrscht und dass die Lehrkräfte den Eltern ausreichend Zeit geben, ihre Probleme auszudrücken und ihnen damit das Gefühl vermitteln, dass sie Interesse an ihrer Lebenssituation haben.



Unsere Autorin bei der Arbeit

Grundsätzlich ist festzustellen, dass interkulturelle Öffnung nicht nur durch öffentlichkeitswirksame Aktionen wie Folkloreabende und kulinarische Spezialitäten erreicht werden kann. Vielmehr muss eine Schule sich der migrationspezifischen Erfordernisse und Herausforderungen bewusst sein und danach im Unterrichtsallday und in der Arbeit mit den Kindern und ihren Eltern handeln. Dies hat Auswirkungen auf Lehrpläne, führt aber auch zu einem sensiblen Umgang mit Sprache und einem veränderten Umgangstil.

Nach fünfzig Jahren neuerer Einwanderungsgeschichte besteht nun die Hoffnung, dass sich das Bildungssystem dieser Herausforderung stellt.



Foto: Manfred Vollmer

Ein Modellprojekt an einer Münchner Hauptschule mit 60% türkischstämmigen SchülerInnen hat gezeigt, dass durch die Umsetzung der oben genannten Ideen ein Großteil dieser Eltern erreicht werden konnte. Mit der interkulturellen Öffnung und der verstärkten Zusammenarbeit mit den Eltern konnten die Lernerfolge und das Schulklima sichtlich verbessert werden. Die Konrektorin stellte fest: »13 Jahre war ich der Meinung, dass man diese Eltern nicht erreichen kann. Ich bin eines besseren belehrt worden.«

### von Rabija Avdic

Sozialpädagogin bei INKOMM - Projektzentrum Interkulturelle Kommunikation/Beratungsdienste der AWO München gGmbH; Schwerpunkte: Elternarbeit sowie Konflikttraining mit Mädchen. Sie wurde von der Stadt Augsburg für ihr Engagement für Integration und Zusammenleben mit der Verdienstmedaille »Für Augsburg« ausgezeichnet. Kontakt: [inkomm.migration@awo.muenchen.de](mailto:inkomm.migration@awo.muenchen.de)





Mediation bezeichnet die Vermittlung im Konfliktfall durch Hinzuziehen einer möglichst neutralen dritten Person, die das Gespräch zwischen den Konfliktparteien strukturiert. Ziel ist das Erlangen von Verständnis für die Sichtweise der Gegenpartei, die Übernahme von Verantwortung für den Eigenanteil am Konflikt wie auch das gemeinsame Finden einer konstruktiven Lösung für den Konflikt.

Die Methode der Mediation wird zunehmend im interkulturellen Kontext, z.B. bei Konflikten im Stadtteil, in Schulen, am Arbeitsplatz oder zwischen staatlichen Konflikten implementiert und in der Literatur als vielversprechend für den Umgang mit interkulturellen Konflikten diskutiert.

Für die Mediatorin/den Mediator, die/der Verantwortung dafür trägt, dass die wahren Konflikthintergründe zur Sprache kommen, ist das Entwickeln von Sensibilität für mögliche, aus unterschiedlichen kulturellen Zugehörigkeiten resultierende Schwierigkeiten wichtig – immer in dem Bewusstsein, dass »Kultur« nicht konfliktauslösend sein muss und vielleicht gar keine Rolle spielt und dass auch nicht jeder interkulturelle Mediationsprozess automatisch komplizierter ist als eine Mediation im monokulturellen Kontext. Nur durch aufmerksame Beobachtungen im individuellen Fall lassen sich kulturelle Einflussfaktoren auf einen Konflikt, eine Kommunikation, eine Mediation herausfiltern.

## **Kultur als gesellschaftlich (re)produziertes Orientierungssystem**

Sozialwissenschaftlich wird Kultur als ein im Zuge der Sozialisation erlerntes und gesellschaftlich (re)produziertes Orientierungssystem definiert, das aber offen ist, sich kontinuierlich wandelt und folglich auch nicht klar von anderen »Kulturen« trennbar ist. Umgangssprachlich geht der Begriff oft mit festen Vorstellungen über den »kulturell Anderen« einher und forciert so in Einwanderungsländern vielfach eine Fokussierung auf Differenzen.

Der Aspekt Kultur kann eine Mediation auf unterschiedlichen Ebenen beeinflussen, wobei oft unklar ist, inwiefern unterschiedliche kulturelle Prägungen für das Konfliktgeschehen wirklich relevant sind:

### **a) Umgang mit dem Sprachproblem**

Weil sprachliche Aspekte im Mediationsprozess als einer vornehmlich verbalen Methode eine wichtige Rolle spielen, muss zunächst ein Umgang mit den möglicherweise unterschiedlichen Muttersprachen der Konfliktparteien gefunden werden. Hier kann entweder mit Übersetzern gearbeitet oder versucht werden, in einer Sprache, die alle Beteiligten beherrschen, miteinander zu kommunizieren. In beiden Fällen ist es aber oft schwerer, emotionale Feinheiten und Wahrnehmungen, deren Verstehen für das Herausarbeiten der Konflikthintergründe essentiell sind, herauszufiltern.

### **b) Instrumentalisierung kultureller Unterschiede**

Auch wenn die Konfliktparteien unterschiedlichen kulturellen Gruppen angehören, ist die Kultur doch nur eine Variable neben vielen anderen Einflusskomponenten, die einen Konflikt auslösen können und die Art des Umgangs mit ihm prägen. So können Konflikte als Folge kultureller Differenzen entstehen, genauso können aber auch andere Einflüsse ursächlich sein. Kulturelle Unterschiede bieten aber eine oft vorschnell herangezogene Erklärung für Streitpunkte und können so als Erklärung instrumentalisiert werden mit der Konsequenz, dass so die wahren Ursachen verschleiert bleiben.

### **c) Verhalten nach dem eigenen kulturellen Bezugssystem**

Trotz Sensibilisierung für die eigene kulturelle Prägung wird es sich kaum vermeiden lassen, sich seinem Bezugssystem entsprechend zu verhalten und zu interpretieren – gerade im emotionalen Konfliktfall. Die Schwierigkeit besteht häufig darin, dass man sich dieser automatischen Interpretation oft nicht bewusst ist und zudem nicht mit einbezieht, dass eigenes Verhalten vom Gegenüber u.U. auch anders als intendiert wahrgenommen und interpretiert wird.

### **d) Verhaltensunsicherheit als Folge der interkulturellen Situation**

In einer Konfliktsituation als einer durch Verunsicherung geprägten Situation treten oft verallgemeinerte Vorstellungen und negative Vorurteile in Bezug auf »die Kultur« des Gegenübers stärker in den Vordergrund; parallel nimmt meist die Bereitschaft zur Reflexion und Revision festgefahrener Bilder ab. Die aufgeführten Faktoren deuten darauf hin, inwiefern sich Mediation wegen des interkulturellen Kontextes verkomplizieren kann, wobei aber auch das Bewusstsein für mögliche kulturell bedingte Schwierigkeiten dazu führen kann, dass man andere Aspekte ignoriert und nur noch »kulturell« bedingte Probleme wahrnimmt.

Meine Beobachtungen von Mediationen in einem Londoner Stadtteil haben gezeigt, dass die Beteiligung von Konfliktparteien unterschiedlicher kultureller Herkünfte sehr oft dazu führt, dass der Aspekt »Kultur« thematisiert wird, sei es, dass eine Partei beteuerte, keine rassistischen Motive zu haben oder dass der Konflikt vorschnell mit kulturellen Differenzen erklärt wurde. Allerdings hat die tiefere Analyse der Konflikthintergründe vielfach gezeigt, dass der Konflikt keine kulturellen Wurzeln hatte, sondern dass es um Lärm, Einsamkeit und gesellschaftlich-strukturelle Probleme ging. So kann man bezüglich des Einflusses von »Kultur« in einer Mediation letztlich nur sagen: Es kommt darauf an!

*Die Autorin ist Sozialpädagogin und promoviert zur Zeit zum Thema »Integration – Sichtweisen junger Menschen mit Migrationshintergrund«  
Langfassung des Artikels und weiterführende Literatur: [www.bayern.gew.de](http://www.bayern.gew.de)*



# Männlichkeitsrituale

## Methodisches Arbeiten mit türkischen Jugendlichen



Foto: David Ausserhofer

Vorbemerkung der DDS-Redaktion:

Nach offiziellen Statistiken sitzen in Jugendstrafanstalten dreimal so viele türkische männliche Jugendliche im Vergleich zu ihrem Bevölkerungsanteil in der entsprechenden Altersgruppe. Dies wird gerne als Hauptargument für pauschale und diskriminierende Schlussfolgerungen zur »Ausländerkriminalität« genutzt. Der Autor des folgenden Beitrags beschäftigt sich mit dem sozio-kulturellen Hintergrund dieser Jugendlichen, den er selbst gut kennt und für den er sensibilisieren möchte. Er hat ein Anti-Aggressions-Training speziell für männliche türkische Jugendliche entwickelt, in dem neben den klassischen Anti-Aggressions-Maßnahmen die spezifischen Sozialisationsbedingungen der Teilnehmer berücksichtigt werden.

Gewalt und Delinquenz von Jugendlichen ausländischer Herkunft ist in den letzten Jahren ein sehr aktuelles Thema geworden. Insbesondere Politiker, Staatsanwälte und Medien warnen davor, dass die Ausländerkriminalität kontinuierlich zunimmt und verlangen ein härteres Durchgreifen, damit die Strafen abschreckend auf andere Jugendliche wirken. Auch in einigen wissenschaftlichen Abhandlungen wird darauf verwiesen, dass die Jugendkriminalität bei türkischen Jugendlichen sehr verbreitet ist, ohne die komplexen Ursachen dafür genauer zu beschreiben. Nach Pfeiffer und Wetzels ist klar belegt, dass schlagende Väter zu einem problematischen Vorbild werden. Die beiden Wissenschaftler gehen davon aus, dass Eltern, die ihre Kinder massiv schlagen, damit deren soziale Kompetenz und ihre Erfolgchancen in Schule und Beruf reduzieren<sup>1)</sup>.

Die gesellschaftlichen und institutionellen Diskriminierungserfahrungen, die auf das Leben der Migranten türkischer Herkunft Einfluss haben, finden dagegen wenig Beachtung. Dass u.a. auch die Benachteiligung von Migran-

tenfamilien bei der Vergabe von Kindergartenplätzen<sup>2)</sup> und die Tatsache, dass Einwandererkinder viel öfter als ihre deutschen Altersgenossen an eine Hauptschule empfohlen werden<sup>3)</sup> und somit schlechtere Berufs- und Ausbildungschancen haben, wird in diesen Erklärungsansätzen für Straffälligkeit nicht berücksichtigt.

Zu den komplexen Ursachen für eine erhöhte Straffälligkeit türkischer Jugendlicher in der dritten Migrantengeneration gehört aber auch der Werte- und Normenkodex, mit dem türkische Jungen aufwachsen und über den sie ihre Identität definieren.

Im Folgenden sollen deshalb Eigenschaften, die in einem Anti-Aggressions-Training mit türkischen Jugendlichen häufig zur Beschreibung des Selbstbildes der Teilnehmer benutzt werden, vor ihrem sozio-kulturellen Hintergrund erklärt werden:

### Die Ehre

Der Begriff Ehre klärt die Beziehung zwischen Mann und Frau sowie die Grenzen nach innen und außen. Ein Mann gilt als ehrlos, wenn seine Frau oder Freundin beleidigt oder belästigt wird und er nicht extrem und empfindlich darauf reagiert. Derjenige Mann gilt als ehrenhaft, der seine Frau verteidigen kann, Stärke und Selbstbewusstsein zeigt und die äußere Sicherheit seiner Familie garantiert. Eine Frau, die einen Ehebruch begeht, befleckt damit nicht nur

<sup>1)</sup> vgl. Pfeiffer/Wetzels, in: DVJJ-Journal, Nr. 2., S. 112, 2000

<sup>2)</sup> vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Zehnter Kinder- und Jugendbericht

<sup>3)</sup> vgl. Attia/Marburger (Hrsg.) Alltag und Lebenswelten von Migrantenjugendlichen, Frankfurt/M. 2000

die eigene Ehre, sondern auch die ihres Gatten, weil der Mann nicht genug Mann war, sie davon abzuhalten.

Ein (ehrenhafter) Mann steht zu seinem Wort. Diese These bekräftigt ein Sprichwort aus dem Türkischen (»erkek adam sözüne tutar« = »ein Mann hält sein Wort«). Er muss klar und offen zu seinem Wort stehen, und er darf niemals mit »vielleicht« oder »kann sein« ausweichen. Darüber hinaus muss ein ehrenhafter Mann in der Lage und willens sein zu kämpfen, wenn er hierzu herausgefordert wird. Die Eigenschaften eines ehrenhaften Mannes sind Virilität, Stärke und Härte. Er muss in der Lage sein, auf jede Herausforderung und Beleidigung, die seine Ehre betrifft, zu reagieren und darf sich nicht versöhnlich zeigen.

## Die Männlichkeit

Ein anderer wichtiger Begriff ist Männlichkeit. Die Jugendlichen werden zu Stärke (sowohl körperlicher als auch geistiger), Dominanz und selbstbewusstem Auftreten – im Hinblick auf Übernahme von männlichen Rollenmustern – erzogen. Wenn ein Jugendlicher diese Eigenschaften nicht zeigt, wird er als Frau und Schwächling bezeichnet.

### Stärke:

Das wichtigste Indiz für eine ausgeprägte Männlichkeit ist die geistige und körperliche Stärke eines Mannes. Bereits im Kindesalter werden die Jungen zum Ringen, Bo-

xen und anderen Kampfsportarten ermutigt und gefördert, während bei den Mädchen dies kategorisch abgelehnt wird. Wenn sich die Jungen beim Spielen verletzen und dabei weinend zur Mutter gehen, werden sie unter Umständen bestraft, da das Weinen die weibliche Rolle, die Schwäche, impliziert. Darüber hinaus wird oft von Jugendlichen zum Ausdruck gebracht, dass zum richtigen und starken Mann-Werden Schläge zu bekommen zum Erziehungsauftrag der Eltern gehören muss.

### Dominanz und selbstbewusstes Auftreten:

Es wird von einem Jungen erwartet, dass er in der Lage sein muss, zu zeigen, was für die später gegründete Familie das »Richtige« und »Vorteilhafte« ist. Dies kann er u.a. dadurch unter Beweis stellen, indem er seine Position selbstbewusst verteidigt und auf Meinungen, die von außen an ihn herangetragen werden, keine Rücksicht nimmt. Sollte das jedoch nicht der Fall sein, kann es als Schwäche bezeichnet werden, was von »Frauen zu erwarten« ist.

Auf der anderen Seite sind die beiden Begriffe ambivalent behaftet. D.h., das selbstbewusste Auftreten wird nur dahin gehend gefördert, wenn es sich um Übernahme von männlichen Rollenmustern handelt. Wenn die Jungen z.B. mit 18 Jahren oder später den Wunsch äußern, das Elternhaus zu verlassen, ohne dass sie geheiratet haben, wird dies von den Eltern in der Regel missbilligt und nicht erlaubt.

## Bedingungslose Solidarität mit dem Freund

Ich konnte in der Praxis von Anti-Aggressions-Kursen beobachten, dass türkischstämmige Jugendliche aufgrund ihres Ehrbegriffes, eines Sich-falsch-verstanden-Fühlens sowie eines anderen Verständnisses von Freundschaft zu Straftätern werden. Sie setzen sich bedingungslos, auch auf die Gefahr hin, dass sie verletzt werden, für den Freund ein: Eine bedingungslose Solidarität heißt auch, dem Freund, ohne die Situation zu hinterfragen, Hilfe zu leisten. Sie ist eine tief verankerte Grundvoraussetzung, über die nicht nachgedacht und die auch nicht in Frage gestellt wird. Wenn die bedingungslose Solidarität nicht gewährleistet wird, ist nicht nur die Freundschaft, sondern auch die Ehre und Männlichkeit des Jugendlichen in Frage gestellt.

## Individualität versus Anpassung an Gruppenziele

In der Übergangsphase des Jugendalters müssen Kinder bzw. Jugendliche bestimmte Themen, wie z.B. einen Schulabschluss, Berufs- und Partnerwahl oder das Ablösen von den Eltern bewältigen. Diese Übergänge – oder Identitätsentwicklungen – vollziehen sich je nach Gesellschaft, Kultur, Tradition und Religion unterschiedlich und sind von einer Kontrollorientierung abhängig. Es gibt eine primäre und eine sekundäre Kontrollorientierung.

*Primäre Kontrolle* ist ein Versuch, die gegebenen Realitä-



Foto: Manfred Vollmer

ten so zu beeinflussen und zu verändern, dass sie mit den eigenen Zielen und Wünschen übereinstimmen.

*Sekundäre Kontrolle* ist der Versuch, eigene Ziele und Wünsche den gegebenen Bedingungen anzupassen.

Bei primärer Kontrolle werden die Umweltgegebenheiten durch persönliche Aktivität, Dominanz und andere Einflussversuche geändert. Bei sekundärer Kontrolle werden hingegen eigene Ziele geändert; Individualität und Autonomie werden den Gegebenheiten der Umwelt untergeordnet. Bei Kulturen mit hoher Bewertung von Autonomie und Individualität lässt sich eher eine primäre Kontrolle beobachten, während bei gruppen- und sozialorientierten Kulturen, die mehr Wert auf Gruppenharmonie und Anpassung an Gruppenziele legen, die sekundäre Kontrolle dominiert. Es ist davon auszugehen, dass bei türkischstämmigen Jugendlichen und Familien die sekundäre Kontrolle eine entscheidende Rolle spielt, weil die Erziehung der Kinder in der Regel im sozialen Umfeld der Familie und Peergroup erfolgt und auf die Erlernung sozialer Rollen ausgerichtet ist: Übernahme von Geschlechts- und Familienrollen, soziale Normen sowie Vermittlung von Autoritätsbeziehungen.

Bei türkischen Jugendlichen, die im Bereich der Gewaltdelikte auffallen und den Anti-Aggressions-Kurs besuchen, kann die oben geschilderte sekundäre Kontrolle explizit beobachtet werden. Die ausgeprägten Diskriminierungserfahrungen, die sie von ihrer Umwelt erfahren, das Nicht-verstanden-Werden von der älteren Herkunftsgeneration sowie von der gleichaltrigen deutschen Peergroup führen dazu, dass viele türkische Jugendliche entweder untereinander bleiben oder sich an multikulturelle Gruppen anschließen, die ähnliche Erfahrungen gemacht haben. Enge Freundschaften werden mit deutschen Jugendlichen in der Regel nicht geschlossen. Türkische Jugendliche werfen deutschen Jugendlichen Egoismus sowie Individualismus und Ich-Bezogenheit vor. Sie sagen, dass sie sich auf die deutschen Jugendlichen nicht verlassen können. Die würden sie im Ernstfall, wie z.B. bei der Polizei, im Stich lassen und lediglich ihre eigenen Interessen verfolgen.

Darüber hinaus haben die Migrantenjugendlichen türkischer Herkunft eine eigene Sprachkultur entwickelt, die sie als »Mischmasch« – Hin-und-her-Wandern zwischen deutscher und türkischer Sprache – bezeichnen und verkehren vorzugsweise mit solchen Jugendlichen, die diesen »Mischmasch« ebenso sprechen.

Das alles zeigt, dass der Zusammenhalt in der Gruppe und unter Freunden eine große und ganz zentrale Rolle spielt und dem Begriff der Freundschaft eine entscheidende Bedeutung zugesprochen wird. Für den Freund wird alles getan: es wird geteilt, was man hat, wie z.B. Geld, Essen, Kleidung etc.. Massenschlägereien kommen u.a. deshalb zu Stande, weil der Freund nicht allein gelassen werden darf. Der Wert der Freundschaft spielt auch in der Gruppendynamik eine zentrale Rolle. Aus einer Dreier-Gruppe kann ganz schnell eine Großgruppe werden, wenn diese drei Jugendlichen Freunde haben, die sich mit ihnen solidarisieren.

## **Inhalte eines Anti-Aggressions-Kurses**

Um diese Jugendlichen aufzufangen und gezielt an den genannten Problemen zu arbeiten, wird in den Anti-Aggressions-Kursen mit dieser Zielgruppe das Thema »Migration« sehr stark bearbeitet. Pädagogisch-methodisch entspricht der Anti-Aggressions-Kurs mit türkischstämmigen Jugendlichen den gängigen Konzeptionen.

Der Anti-Aggressions-Kurs mit türkischstämmigen Jugendlichen setzt sich inhaltlich folgendermaßen zusammen:

### **Straffälligkeit und Gewalt**

- Einstellung zur Gewalt
- Erlernen von gewaltfreien Verhaltensmustern
- Umgang mit eigenen Aggressionen

### **Umgang bzw. Verhalten in Konfliktsituationen**

- Konflikte in der Schule, am Ausbildungsplatz oder am Arbeitsplatz
- Flüchten und Standhalten in Konfliktsituationen
- Umgang mit Beschimpfungen und Beleidigungen
- Gruppendruck in Cliques
- Opferperspektive

### **Migration**

- Diskriminierungserfahrungen
- Familien- und Generationskonflikt
- Bikulturalität/Bilingualität als Ressource
- Lebensentwürfe zwischen »Tradition« und »Moderne«
- Ethnisierung/Selbstethnisierung

Auch in der dritten und vierten Generation unterscheiden sich männliche Migranten türkischer Herkunft in einigen Aspekten von ihren deutschen Altersgenossen. Dies betrifft u.a. auch die Gründe für Straffälligkeit. Interkulturelle Kenntnisse und Kompetenzen sind für LeiterInnen von Anti-Aggressions-Trainings und andere Fachkräfte, die mit dieser Zielgruppe arbeiten, von großer Bedeutung. Präventionsmaßnahmen für Minderheiten werden in Zukunft noch seltener finanziert als bisher. Sie werden in die Maßnahmen der Regeldienste integriert. Dies kann nur dann erfolgreich umgesetzt werden, wenn die pädagogischen Fachkräfte die sozialen, rechtlichen und kulturellen Bedingungen der Zielgruppe kennen und sich darauf einlassen.

### **von Dr. Ahmet Toprak**

Referent für Gewaltprävention  
bei der Aktion Jugendschutz Bayern e.V.  
Lehrbeauftragter a. d. Universitäten Eichstätt u. Passau  
sowie Autor mehrerer Bücher zu ähnlichen Themen



Ahmet Toprak: »Ich bin eigentlich nicht aggressiv«. Theorie und Praxis eines Anti-Aggressions-Kurses mit türkischstämmigen Jugendlichen. Lambertus-Verlag, Freiburg, 2001, 119 S., 12,30 Euro

Die Langfassung der Beiträge auf den Seiten 8-13 sind aktuell erschienen in: »Kulturkonflikt? Methoden des interkulturellen Konfliktmanagements in der Jugendhilfe«, herausgegeben von Aktion Jugendschutz Bayern e.V., [www.bayern.jugendschutz.de](http://www.bayern.jugendschutz.de). Wir stellen die Langfassungen der Beiträge auch auf unsere homepage: [www.bayern.gew.de](http://www.bayern.gew.de)

# Ethnische Differenzenerfahrung im Alltag Jugendlicher

## Fremde durch multikulturelle Programmatik?

Clemens Dannenbeck, Felicitas Eßer und Hans Lösch, WissenschaftlerInnen am Deutschen Jugendinstitut (DJI), führten im Rahmen ihrer Untersuchung »Jugendliche in ethnisch heterogenen Milieus« Langzeitbeobachtungen mit Jugendlichen aus dem Münchener Westend durch.<sup>1)</sup>

Dabei konnten sie zeigen, dass Menschen sich keineswegs rund um die Uhr als Vertreter ihrer nationalen und kulturellen Herkunft verstehen. Vor allem im Alltag bestimmen andere Dinge wie gemeinsame Interessen, Erfahrungen, Fähigkeiten und örtliche Freizeitangebote, wer mit wem kann und wer nicht. Trotzdem werden Jugendliche gerade in pädagogischen Einrichtungen immer wieder auf ihre kulturellen Unterschiede hin begutachtet und somit in Einheimische und Fremde sortiert. Damit wird die unter Jugendlichen unterschiedlicher Herkunft und Kultur längst bestehende Vertrautheit verkannt oder gar wieder aufgehoben. Natürlich gibt es auch zwischen den Jugendlichen im Westend vielfältige Konflikte. Die Forscher warnen aber nachdrücklich vor dem Urteil, dass diese Konflikte durch kulturelle Unterschiede verursacht werden und damit scheinbar unvermeidlich sind.

Was bringt Jugendliche eigentlich dazu, ihre nationale bzw. ethnisch-kulturelle Herkunft als Argument bzw. als Maßstab zur Unterscheidung von Seinesgleichen und Anderen zu verwenden? »Rasse«, Klasse, Nationalität, Ethnizität, Kultur und Glaube sind nicht nur kollektive Identitätsangebote. Sie stehen für real existierende, historisch durchgesetzte gesellschaftliche Verhältnisse, in denen die Menschen auf kollektive Zugehörigkeiten verpflichtet werden.

## Stacheln im geachteten Spektrum von Ethnizität: Geschlecht und Haut

### Fund 1:

#### Monika oder die Weigerung, zwischen Männern und Türken zu unterscheiden

Monika ist 16 Jahre alt. Sie wurde im Westend geboren und ist dort aufgewachsen. Das örtliche Freizeitheim ist für sie ein wichtiger und regelmäßig besuchter Treff. Ihre erneute »Einführung« ins Freizeitheim erfolgte über ihren heutigen türkischen Freund – dennoch macht ihre Biographie deutlich, dass das Freizeitheim für Monika eine von ihrer jetzigen Beziehung zu ihren Freunden unabhängige Bedeutung hat. Ihre Freizeit verbringt Monika fast ausschließlich im Westend. Ihre heutigen Bindungen zum Freundeskreis der türkischen Jugendlichen, zu dem sie über

ihren Freund Zugang gefunden hat, sind sehr stark. Ihren ursprünglichen Freundeskreis hat sie zugunsten der Freizeitheimclique offenbar aufgegeben. Auch ihre heutigen Freundinnen kommen aus dem Kontext des Freizeitheims.

»... und die seh'n mich so an, wie ich bin. Ich bin halt mal nicht, ich bin halt mal kein Moslem. Ich bin halt einfach 'ne Deutsche. Aber des is denen egal. Solang der Charakter stimmt ... Ne, ich bin schon mit Türken aufgewachsen. Ich war mit denen im Kindergarten und im Hort, und da lernst du des halt einfach. Also, versteh'n tu ich alles, aber, halt mit der Aussprache und so ... des is, also, des was wichtig is, des kann ich ... die, die, die reden türkisch, die wissen. Und wenn ich mal was nicht versteh, dann frag ich auch nach ... bei denen ist das Problem, wenn die mal alleine reden wollen, dann müssen die weggehen, weil ich alles versteh'«. (lacht)

Monika vermutet zunächst, dass wir uns nur für *einen* Aspekt ihrer Person interessieren: nämlich für die Tatsache, dass sie überwiegend Umgang mit *türkischen* Jugendlichen pflegt. Dass sie auf ihre spezifischen Beziehungen zu türkischen Jugendlichen häufig angesprochen wird, ist für Monika eine *Alltagserfahrung*. Monika ist als »Türkenfreundin« im Viertel längst geoutet worden – und das nicht nur bei

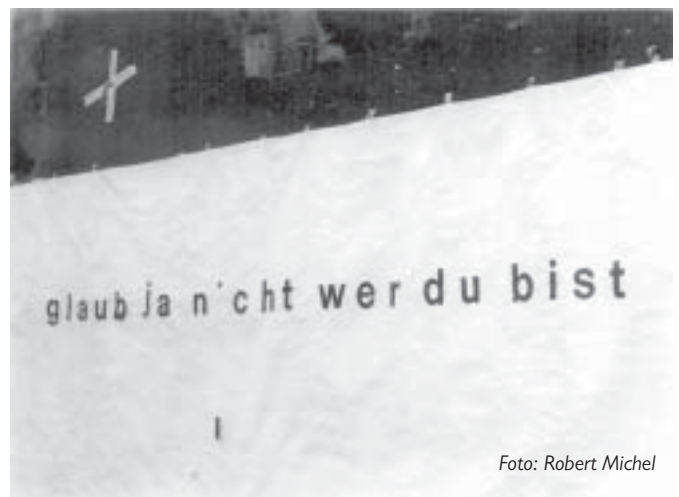


Foto: Robert Michel

Gleichaltrigen. »Ich schätze Monika sehr, als Schulsprecherin hat sie sich immer für die Belange anderer eingesetzt. Nur schade, dass sie mit Türken geht und dies leider nicht zum ersten Mal.«

Diese Denunziation kam keineswegs von der Straße, sondern von einer im Stadtteil pädagogisch ausgewiesenen und geschätzten Autorität. Monika nimmt an, man erwarte von ihr eine diesbezügliche »Rechtfertigung« und Stellungnahme. Diese Abwehrhaltung resultiert offensichtlich aus diesen persönlichen Erfahrungen, die sie immer wieder machen musste. Fragen nach möglichen Unterschieden

<sup>1)</sup> Das Projekt wurde im Rahmen des Forschungsschwerpunktprogramms FA-BER (Folgen der Arbeitsmigration für Bildung und Erziehung) der DFG (Deutsche Forschungsgemeinschaft) gefördert.

zwischen türkischen und deutschen Jugendlichen interessieren sie nicht, gehen ihr eher »auf den Geist«. Monika fühlt sich in der Clique anerkannt, sie fühlt sich nicht als Außenseiterin oder als das *deutsche* Mädchen. Monika hat zwar die »richtige« Identitätsausstattung (einheimisch, weiß und deutsch), nur nützt ihr das außerhalb der Gruppe nichts. Verlässt sie den Geltungsbereich ethnischer Gleichgültigkeit, dann muss sie sich auf ganz andere Maßstäbe der Bewertung ihrer Beziehungen gefasst machen: nämlich allemal noch zwischen »Männern« und »Türken« unterscheiden zu können.

An Monikas Beispiel wird deutlich, wie schnell die interkulturelle Programmatik von pädagogischer Seite gedroselt werden kann, wenn ein »deutsches« Mädchen sich so weit vergisst, zwischen »Männern« und »Türken« zu unterscheiden. Diese präventive Militanz lässt einige Schlüsse auf die beschränkte Reichweite des Wunsches nach multikulturellem Zusammenleben zu – sicherlich nicht nur in der pädagogischen Zunft.

## Fund 2:

### **Kosten des »Schwarz-Seins« oder die Angst Harares vor der Mehrheit der anderen**

Harare ist 15 Jahre alt, Bürgerkriegsflüchtling aus Somalia und lebt seit sieben Jahren in Deutschland. »*Unter vielen weißen Kindern fällt man eben auf*«. Er macht die Erfahrung, dass bei Konflikten mit Jugendlichen, unabhängig vom Anlass, stets die *Hautfarbe* zum Punkt gemacht wird. In der Hautfarbe unterscheidet er sich von allen anderen, sie wird zum Stigma. Im Gegensatz zu anderen »Ausländern«, deren »Ausländer-Sein« nicht schon immer an äußerlichen Merkmalen erkennbar ist, muss Harare feststellen, dass *er* sich nicht hinter seiner Haut verstecken kann. Anstatt dass »die Ausländer« ihn in ihre »Gemeinschaft« als legitimen »Mit-Ausländer« aufnehmen, macht er die bittere Erfahrung, dass diese sich ihm gegenüber gerade nicht als »Ausländer«, sondern als »Weiße« definieren.

»Hier im Westend sind eigentlich fast alle Ausländer. Wenn es da zu Streitereien kommt, dann würd' ich sagen, dass weiße Ausländer genauso meine Hautfarbe beleidigen wie auch ein Deutscher, das is' irgendwie ganz komisch gewesen. Den meisten Streit hatt' ich überhaupt mehr mit Ausländern als mit Deutschen, die machen genau denselben Fehler, sie wollen selber nicht ausgeschlossen werden, aber machen genau dasselbe«.

Seine rassistischen Erfahrungen lassen ihn seine »richtigen« Freunde nurmehr unter Schwarzen finden. Das rassistische Verhalten der Weißen führt dazu, dass Harare – ganz im Gegensatz zu seinen ursprünglichen Erwartungen – nunmehr *selbst* das Gefühl hat, mit *Weißen* nie auf einen gemeinsamen Nenner kommen zu können. Harare wehrt sich gegen die ihm immer wieder zugemutete Erfahrung, einzig Träger des diskreditierten Merkmals Hautfarbe zu sein. Die ständige Thematisierung seiner Hautfarbe macht deutlich, dass nicht die *Haut*, sondern der *rassistische Blick* über soziale Nähe und Distanz bestimmt.

Dies zeigt, dass zwischen der geachteten Berufung auf Ethnizität immer schon Brücken zum geächteten Rassismus bestehen. Das Verdikt des Rassisten, die Behauptung einer Unvereinbarkeit zwischen seinesgleichen und anderen, kann prinzipiell *jeden* treffen. Es ereilt nicht nur diejenigen, die – wie Monika – die Insignien der »richtigen« Zugehörigkeit besitzen (deutsch, einheimisch und weiß), aber ein Verhalten an den Tag legen, das mit diesen »unveräußerlichen« Besitztiteln vorab als unvereinbar erklärt wird. Der Rassist ächtet Individuen oder Gruppen nämlich nicht deswegen, *weil* sie unterschiedliche Merkmale aufweisen, vielmehr interessieren ihn nur *die* Unterschiede zwischen Menschen, die er vorab mit seinesgleichen als unvereinbar *erklärt*.

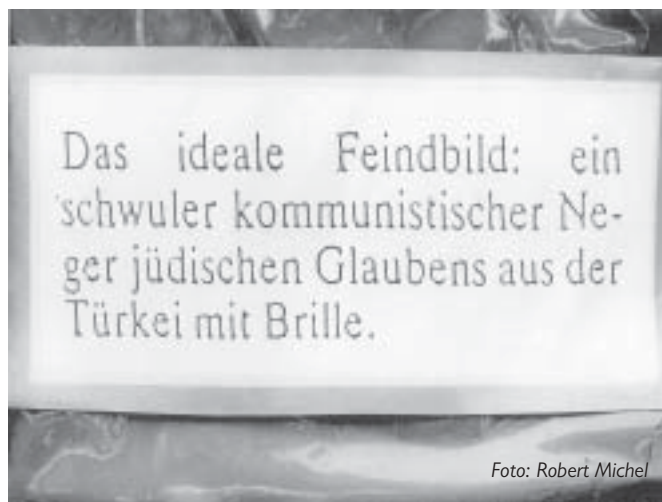


Foto: Robert Michel

### **Interkulturelle Jugendarbeit: Wider ihre Fans verteidigt!**

Es hat sich in der Jugendarbeit angesichts der Tatsache zunehmend ethnisch gemischter Stadtviertel häufig eine Praxis durchgesetzt, wonach Jugendliche fast nurmehr als Exponenten ihrer nationalen und ethnisch-kulturellen Herkunft zum Gegenstand sozialpädagogischen Handelns werden. Dies selbst dann, wenn Jugendliche in ihrem Verhalten längst deutlich machen, dass in ihrem Umgang mit ihresgleichen und anderen nicht einzig oder vornehmlich die ethnisch-kulturelle Karte sticht. Wohlgemerkt, es geht nicht um die generelle Zurückweisung eines kulturellen Blicks auf Jugendliche, wohl aber um Einlassungen und Widerständigkeit gegen dessen hegemonialen Erklärungsanspruch in Sachen »Jugend und Alltag«. Gerade überzeugte und engagierte Multi-/Interkulturalisten sollten nicht vergessen (haben), dass »Kultur« nur *eine* Ausformung unter anderen Gestalten und Aspekten des Verhältnisses von »Individuum und Gesellschaft« darstellt.

von Hans Lösch

Soziologe am Deutschen Jugendinstitut (DJI)  
Redakteur der Zeitschrift »DISKURS« des DJI



## GEW ist nicht im Konsens mit Frau Hohlmeier!

Die Rechtsverordnung zur Erhöhung der Arbeitszeit im öffentlichen Dienst ist noch nicht in Kraft. Gewerkschaften und Verbände mussten die Gelegenheit zur Stellungnahme erhalten. Dies ist eine reine Formsache. Es kann angenommen werden, dass nicht nur der DGB die Erhöhung der Arbeitszeit zurückgewiesen hat. Dennoch wird sich an den Plänen der Staatsregierung nichts ändern. Parallel dazu wurde die Umsetzung der Arbeitszeiterhöhung auch für den Lehrerinnen- und Lehrerbereich konkretisiert und als »Absichtserklärung« veröffentlicht. So wird in Bayern Politik gemacht.

Die Kultusministerin gibt bekannt: Die Arbeitszeit wird für Lehrerinnen und Lehrer aller Schularten um eine Unterrichtsstunde pro Woche erhöht. Wer zwischen 50 und 60 Jahre alt ist, muss nur in jedem zweiten Jahr eine Stunde mehr unterrichten, und für mindestens 60-Jährige bleibt alles beim Alten. Diese Form der Arbeitszeiterhöhung sei mit allen Verbänden abgesprochen. Gleichzeitig gibt sie bekannt: Es wird ein neues und kostenneutrales Arbeitszeitmodell für Lehrerinnen und Lehrer entwickelt werden. Auch hier betont sie den Konsens mit allen Verbänden: »Die Verbände gaben die Zusage, ein neues Arbeitszeitmodell auf kostenneutraler Basis mit zu gestalten.« Wir stellen klar: Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft war weder an der Umsetzung der Arbeitszeiterhöhung beteiligt, noch an Gesprächen zur Entwicklung eines neuen Arbeitszeitmodells. Auch wir halten eine neue Bewertung der gesamten Arbeitszeit von Lehrerinnen und Lehrern für erforderlich.

Auch wir wollen die Berücksichtigung von Tätigkeiten über das stundenplanmäßige Unterrichten hinaus bei der Bewertung der Gesamtarbeitszeit. Wir wissen aber: Verbesserungen kann es nicht zum Nulltarif geben! Jede Entlastung einer Kollegin oder eines Kollegen auf der einen Seite würde dann zu einer zusätzlichen Belastung eines anderen Kollegen oder einer anderen Kollegin auf der anderen Seite führen. Dies halten wir für nicht zumutbar! Die GEW Bayern wird sich auf einer Fachtagung am 10. Juli 2004 mit Arbeitszeitmodellen befassen und mögliche Positionen und Strategien für die kommende Auseinandersetzung diskutieren.

Mit der Arbeitszeiterhöhung v. a. im

Lehrerinnen- und Lehrerbereich befassten wir uns auf zwei Konferenzen, die am 7. Mai gleichzeitig in München und Nürnberg stattfanden. Auch wenn weder die Erhöhung der Unterrichtszeit noch die Kürzung der Anrechnungsstunden für zusätzliche Tätigkeiten um ca. 25 % zu verhindern sein wird, kann und will sich die GEW nicht resigniert zurückziehen. Nach Meinung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer gilt es nach wie vor, mit Nachdruck zu zeigen, dass die Arbeitszeiterhöhung ein falscher Weg zur Lösung der bestehenden Finanzprobleme ist und dass sie die Bemühungen um mehr »Qualität« in den Schulen konterkariert. Unterschiedliche Möglichkeiten, politischen Druck zu erzeugen, wurden diskutiert und werden in die weitere Diskussion der kommenden Wochen eingehen. Weitgehend Konsens bestand, dass Aktionen in erster Linie zusammen mit den anderen Gewerkschaften geplant werden sollen und dass das Image von Lehrerinnen und Lehrern in der Öffentlichkeit durch eine realistische Darstellung der Aufgaben und Tätigkeiten verbessert werden soll. In Nürnberg wurden u. a. Aktionstage zum Schuljahresbeginn vorgeschlagen. Nach wie vor kontrovers wurde die Streichung von Angeboten über den klassischen Unterricht hinaus diskutiert. Vertreterinnen und Vertreter der Gymnasien schlugen dies als gemeinsame Aktionen mit Schülerinnen und Schülern und mit Eltern vor, um öffentlich zu dokumentieren, wie die politisch gewollten Rahmenbedingungen von Schule sind. Dies auf andere Schularten zu übertragen, scheint jedoch nur bedingt möglich bzw. sinnvoll. Der Landesausschuss wird in seiner Juli-Sitzung mögliche Aktionen beschließen.

von Gele Neubäcker

stellv. Vorsitzende der GEW Bayern  
Mitglied im HPR



### GEW-Fachtagung Neue Arbeitszeitmodelle für LehrerInnen? am 10. Juli 2004

in München

■ Einführungsreferat:

**Arbeitszeit und Arbeitsbelastung im  
LehrerInnenberuf** von Prof. H.G. Schönwälder

■ Erfahrungsberichte:

**Mehr Gerechtigkeit und Transparenz durch neue  
Arbeitszeitmodelle?**

- Das Beispiel Hamburg, mit Hans Voss, GEW-Landesvorstand
- Das Beispiel Österreich (N.N.)
- Die Entwicklung in Baden-Württemberg, mit Rainer Dahlem, GEW-Landesvorsitzender
- Die Entwicklung in Hessen, mit Gerd Türk, GEW-Landesvorstand

■ Entwicklung von Eckpunkten für eine GEW-Position

Anmeldungen bitte an die Geschäftsstelle der GEW Bayern:

Tel.: 0 89-54 40 81-0, Fax: 0 89-538 94 87

e-mail: info@bayern.gew.de

## **Trotzdem eine Chance für die Jungen?**

Am 16. März haben SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen eindrucksvoll gegen geplante Arbeitszeiterhöhungen und die überhastete G8-Einführung protestiert. Das Ergebnis ist bekannt. Die damals vorgetragenen Argumente behalten zwar ihre Gültigkeit (»Bildung ist eine Investition in die Zukunft«, »das benötigte Geld ist da«), aber in Anbetracht der Arbeitszeiterhöhung, die zu höheren Belastungen der KollegInnen einerseits und zu erhöhter Arbeitslosigkeit bei Junglehrkräften andererseits führt, muss man darüber nachdenken, wie darauf reagiert werden kann.

Zurücknahme des eigenen Engagements (weniger Proben), Unterlassung von außer-unterrichtlichen Aktivitäten (Klassenfahrten) oder Ablehnung von Ehrenämtern (Kammerprüfungen) wird hauptsächlich von Lehrerverbänden (bvp, VLB, u.a.) empfohlen und nennt sich Aktion Rotstift.

Die Landesfachgruppe Berufliche Schulen der GEW sieht andere Möglichkeiten:

- Vertretungen werden nur noch in dem Rahmen geleistet, dass einerseits möglichst wenig Unterricht ausfällt, aber andererseits keine Mehrarbeit mehr anfällt.
- Darüber hinaus wäre ein kollektives und solidarisches Teilzeitmodell umzusetzen. Die KollegInnen stellen einen Antrag auf Teilzeit in dem Maße, indem Ihnen die Unterrichtsverpflichtung erhöht werden wird.

Die somit im Kollegium nicht wirksame Arbeitszeiterhöhung kann die Chance für junge KollegInnen sein, eine Anstellung zu bekommen.

Das Bruttoeinkommen vermindert sich zwar um den prozentualen Anteil, die Auswirkungen im Nettoeinkommen sind jedoch geringer. Diese Teilzeit bewirkt aber eine sinnvollere Bezahlung der Stunden, die über das Teilzeitmaß hinaus bis zum Vollzeitmaß geleistet werden. Denn bei teilzeitbeschäftigten BeamtInnen ebenso wie bei den Angestellten führt jede zusätzlich geleistete Stunde zu einer Änderung des Vertrages, so dass die volle Vergütung und nicht die geringere Mehrarbeitsvergütung bezahlt wird und gleichzeitig die irrsinnige Mehrarbeitsvorschrift, die ausgefallenen Stunden gegen die zusätzlich gehaltenen Stunden über einen Zeitraum von einem Jahr gegen zu rechnen, nicht angewendet werden muss. Zusätzlich greift die Vorgabe, Mehrarbeit erst ab der dritten Stunde zu bezahlen, nicht.

Die Teilzeit kann bis zum Inkrafttreten der Arbeitszeitverordnung, abhängig von Regierungsbezirk und Schulart möglicherweise bis zum 1.9.04, beantragt werden. Da ausschließlich dienstliche und nicht fiskalische Belange eine Verweigerung der Teilzeit rechtfertigen, scheint es sinnvoll, solch eine solidarische Aktion in der vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Schulleitung und Personalrat zu organisieren. So kann für beide Seiten Planungssicherheit bezüglich des Unterrichtseinsatzes und dem Umgang mit Vertretungen für das nächste Schuljahr erreicht werden. Eine Rück-

kehr zur Vollzeit ist nach einem Schuljahr möglich.

Es gibt Erfahrungen an mehreren Berufsschulen mit dieser Art Solidarität, die zur dauerhaften Beschäftigung der von Arbeitslosigkeit bedrohten KollegInnen geführt haben.

Trotz allem: Wir werden eine blindwütige Arbeitszeiterhöhung, die keinen alternativen Ansatz kennt und auch dazu benutzt wird, die Verfehlungen der Politik auf dem Rücken der Beschäftigten auszutragen, nicht akzeptieren. Dieser hier aufgezeigte Weg ist die erzwungene Hinnahme einer Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich.

Aber neben gerechtfertigtem Protest und verständlicher Verweigerungshaltung muss dieser Ansatz möglich sein, um allen Beteiligten gewerkschaftliche Solidarität zu zeigen.

**von Hans-Peter Roth und Joe Lammers**

*Berufsschullehrer in München*

### **Dank G8 arbeiten ohne Pause?**

*Folgende Anfrage erreichte unseren Justitiar Hans Schuster:*

»Wir kriegen jetzt im Zuge der G8-Einführung natürlich weitere zusätzliche Belastungen, u.a. die regelmäßige Mittagsbetreuung (weil die 5. Klassen jetzt regelmäßig einmal pro Woche, die 6. Klassen dreimal am Nachmittag Unterricht haben; die höheren Klassen entsprechend öfter) – und dabei fallen jetzt auch Mittagsaufsichten an.

Das KM stellt sich (lt. Mitteilung der bvp-Hauptpersonalräte Bertl und Bovenz, die das Problem mit der Leitung der Gymnasialabteilung im KM schon angesprochen haben) auf den Standpunkt, das laufe wie vormittägliche Pausenaufsichten auch im Rahmen der üblichen Dienstpflichten des Lehrers gemäß LDO.

Frage: Hat nicht auch ein verbeamteter oder angestellter Lehrer (der z.B. von 8.00 Uhr bis 13.15 Uhr unterrichtet, dann um 14.00 Uhr wieder Unterricht hat) Anspruch auf eine Mittagspause? Wie viel Zeit muss ich ohne echte Pause durcharbeiten?«

*Hier seine Antwort:*

*Ebenso wenig wie von Arbeitnehmern und sonstigen Beamten kann vom Lehrkräften verlangt werden, dass sie pausenlos arbeiten. Die Vorschrift des § 4 Arbeitszeitgesetz, wonach Arbeitnehmer nicht länger als 6 Stunden hintereinander ohne Ruhepause beschäftigt werden dürfen, muss auch für Lehrkräfte gelten. Es handelt sich hierbei um eine Vorschrift, die dem Gesundheitsschutz geschuldet ist. Ruhepause bedeutet in diesem Zusammenhang, dass in dieser Zeit keinerlei wie auch immer geartete dienstliche Inanspruchnahme erfolgt. Unter diesem Gesichtspunkt können Unterrichtspausen in der Schule nicht als Ruhepausen angesehen werden. Die Ruhepausenregelung in § 4 Arbeitszeitgesetz sieht vor, dass bei einer Arbeitszeit von mehr als 6 bis zu 9 Stunden die Pause mindestens 30 Minuten und bei einer Arbeitszeit von mehr als 9 Stunden 45 Minuten unterbrochen werden muss. Die Ruhepausen können in Zeitabschnitte von jeweils mindestens 45 Minuten aufgeteilt werden.*

*Es ist fraglich, ob Lehrkräfte für die Beaufsichtigung in der Mittagspause überhaupt herangezogen werden können. Das Verwaltungsgericht Würzburg ist der Auffassung, dass der Schulaufwands-träger – nicht die Lehrer – verpflichtet ist, die Aufsicht über Fahrschüler zu führen, die über Mittag in der Schule bleiben.*

## Hauptschulen in Bayern:

# Ein neuer Lehrplan und weniger Schüler und Schülerinnen

Im Schuljahr 2004/2005 werden über 13.000 Jugendliche weniger als noch 2001/2002 die Hauptschule besuchen. Die Chance, diesen Rückgang für die Verbesserung der Lern- und Arbeitsbedingungen von Schülerinnen und Schülern, Lehrerinnen und Lehrern, zu nutzen, wird vertan. Die Höchstzahl pro Klasse ist weiterhin 30, Lehrerinnen und Lehrer werden durch die Erhöhung der Arbeitszeit zusätzlich belastet.

Die Fachgruppe Grund- und Hauptschulen setzte sich mit den Arbeitsbedingungen an Hauptschulen auseinander und bezog Stellung zum neuen Hauptschullehrplan, der zum Schuljahr 2004/2005 in Kraft treten wird. Folgende Zusammenfassung beinhaltet die wesentlichen Elemente der einstimmig verabschiedeten Papiere.

### **Bessere Arbeitsbedingungen an Hauptschulen**

Ohne das Ziel der »gemeinsamen Schule für alle Kinder« aus den Augen zu verlieren, fordern wir kurzfristig spürbare Verbesserungen der Arbeits- und Lernbedingungen an Hauptschulen.

Veränderte gesellschaftliche und familiäre Lebensumstände erfordern neue schulische Rahmenbedingungen. Die zunehmende Indienstrahmung der Grundschule als auslesenden Zubringer für das Gymnasium und die sechsstufige Realschule mindert die Bildungschancen für die Schülerinnen und Schüler, die an der Hauptschule bleiben. Viele von ihnen beherrschen in weiten Bereichen nicht den Stoff der Grundschule.

Daher fordern wir kurzfristig folgende Maßnahmen:

### **Abschaffung der M-Klassen und M-Züge**

Die M-Klassen sind nominell Hauptschulklassen, bilden aber eigentlich eine weitere, eigene Schulart. Diese Ausgliederung der M-Klassen bedeutet eine zusätzliche Zerstückelung der bayerischen Schullandschaft und ist rückgängig zu machen. Leistungsstarke Hauptschülerinnen und -schüler mit gutem Qualifizierenden Abschluss sollen die Möglichkeit haben, nach einem weiteren Schuljahr den Mittleren Bildungsabschluss zu erwerben

(wie das vor der Einführung der M-Klassen möglich war).

### **Neue Lehrpläne**

#### **statt Kosmetik an den bestehenden**

- Reduzierung der Lehrpläne auf ein für alle verbindliches Fundamentum (Pflicht- und Wahlpflichtunterricht) bei ausreichender Zeit für die Einführung, Festigung und Anwendung des Lernstoffes;
- Sicherung eines tatsächlichen pädagogischen Freiraumes;
- Die Lernziele des Fundamentums sind Inhalte sowohl des Vermittlungs- und Aneignungsprozesses als auch der Prüfungen;
- Werden von Schülerinnen und Schülern wesentliche Lernziele nicht erreicht, so ist für diese Schülerinnen und Schüler mit Schwächen in Teilbereichen ein differenziertes Förderangebot bereit zu stellen;
- Aufgabe der »Lernzielgleichheit« zu Gunsten gemeinsamen Lernens am gleichen Gegenstand, ggf. mit unterschiedlichen Lernzielen;
- Zusatzangebot über die Anforderungen des Fundamentums hinaus, orientiert an Leistungen und Interessen der Schülerinnen und Schüler.

### **Neue Stundentafel**

- Rückgabe der mit der Einführung des Hauptschullehrplans 1997/98 gestrichenen (und in der Revision von 2004 fortgeschriebenen) Unterrichtsstunden pro Klasse;
- Aufstockung der Gesamtzahl der Lehrer- und Lehrerinnenstunden für Hauptschulen. Schülerinnen und Schüler in den Regelklassen der Hauptschulen sollen auf eben so viele Stunden kommen, wie Schülerinnen und Schüler der anderen weiterführenden Schulen nach Klasse zehn. Die entsprechende Stundenzahl ist den Schulen zur Verfügung zu stellen. Verteilt auf die fünf Jahrgangsstufen der Hauptschule bedeutet dies zusätzliche sechs Wochenstunden pro Klasse und Schuljahr. Über die Verwendung dieser zusätzlichen Stunden entscheidet die Lehrerinnen- und Lehrerkonferenz im Benehmen mit dem Schulforum. Vorstellbar ist z. B., dass diese zusätzlichen Stunden zur Bildung kleinerer Klassen und Kurse verwendet werden.



Foto:  
Manfred Vollmer



### **Veränderungen an den Unterrichtsbedingungen**

- Schrittweise Verringerung der Klassenhöchststärken auf 25;
- Stundenzuweisung nicht nur nach der Anzahl der zu bildenden Klassen (»Höchstschülerzahl«), sondern auch nach Anzahl der Schüler (pro Jahrgangsstufe oder pro Schule) bei Sicherung des Pflichtunterrichts an allen Schulen und nach dem angeforderten Sonderbedarf der einzelnen Schulen (s. auch Abschn. Studentafel).
- Maßnahmen zur Verhinderung von Unterrichtsausfall, Klassen- und Kurszusammenlegungen und Mitführungen.
- Sofortiges Aussetzen des Arbeitszeitkontos, schrittweise Verringerung des wöchentlichen Stundendeputats statt Erhöhung der Arbeitszeit für Lehrerinnen und Lehrer, Anrechnung einer Ermäßigungsstunde für Klassenleitung.

### **Kritik am neuen Hauptschullehrplan**

Obwohl wir andere Vorstellungen von einem Hauptschullehrplan haben, nahmen wir zum Entwurf des KM Stellung. Wir kritisierten, dass die mit der Einführung des derzeit geltenden Lehrplans erfolgten Unterrichtskürzungen nicht zurückgenommen werden und forderten auch an dieser Stelle mehr Lernzeit für Kinder und Jugendliche. Die Selektion selbst innerhalb der Hauptschule (Regel-, M- und Praxisklassen) und die damit zusammenhängende Hierarchie von Schulabschlüssen konterkariert nach unserer Überzeugung Bemühungen zur sozialen Integration. Durchlässigkeit wird selbst innerhalb der Hauptschule unrealistisch, auch wenn es im Lehrplan heißt: »Wegen der Durchlässigkeit zwischen R- und M-Bereich ist es notwendig, sich am jeweils anderen Lehrplanniveau zu orientieren.« Dies gleicht unter den gegebenen Voraussetzungen der Quadratur des Kreises. Ein Beispiel: In Englisch müssen Schülerinnen und Schüler der Regelklassen in der 7. Klasse 300 Wörter beherrschen, in der 8. und 9. kommen jeweils 400 dazu. In M-Klassen umfasst der Wortschatz der 7. Klasse 400 Wörter, in der 8. und 9. jeweils 450. Diese Differenz ist durch klasseninterne Differenzierung oder auch in M-Kursen (die der Schule dann an anderer Stelle fehlen) kaum zu kompensieren.

### **Förderstunden als Alibi**

Die Studentafel sieht in der 5. und 6. Klasse je eine Wochenstunde für den Förderunterricht vor. Eine Überschlagsrechnung ergibt eine Gesamtsumme von weniger als 100 Lehrer- bzw. Lehrerinnenstunden bayernweit für diesen Förderunterricht. Demgegenüber sollen den bayerischen Gymnasien 1500 Lehrer- bzw. Lehrerinnenstellen für den Intensivierungsunterricht zur Verfügung gestellt werden. Wir kritisierten, dass zusätzliche Gelder in immenser Höhe in die Schulart investiert werden, die der bayerischen Staatsregierung ohnehin schon am meisten Geld wert ist, ohne die

Notwendigkeit der zusätzlichen Förderung auch am Gymnasium in Frage zu stellen. Ausreichende Förderung aller Kinder und Jugendlichen an allen Schularten ist unsere Forderung.

### **Stoffservietten erst ab »mittlerer Reife«?**

Anlass, den Lehrplan neu zu formulieren, waren die M-Klassen und deren Bedarf nach einem »erhöhten Anforderungsniveau«. Diese Aufteilung der Lernziele mit einerseits »Regelniveau« und andererseits »erhöhtem Niveau« ist an manchen Stellen geradezu absurd: Jugendliche in Regelklassen sollen »Klimadiagramme lesen«, Jugendliche in M-Klassen sollen »Klimadiagramme auswerten« können. Klimadiagramme lesen, ohne sie auswerten zu können als Lernziel? Regelschülerinnen und -schüler sollen »einfache Formen des Anrichtens und Garnierens« im Haushalt beherrschen, M-Schülerinnen und -schüler dagegen »ansprechende Formen des Anrichtens und Garnierens«. Die einen sollen »Tischmanieren beachten«, die anderen »Tischmanieren reflektieren«.

### **Detaillierte Fachlehrpläne streichen!**

Die ca. 750 Seiten Lehrplanentwurf gliedern sich in drei Kapitel. In »Grundlagen und Leitlinien« werden Bildungs- und Erziehungsauftrag, Unterricht und Schulleben an der Hauptschule auf ca. 10 Seiten thematisiert. »Fächerübergreifende und fachbezogene Unterrichts- und Erziehungsaufgaben« konkretisiert diese auf ca. 70 Seiten und »Lehrpläne« beschreibt auf hunderten von Seiten, was Jugendliche im Detail zu lernen haben. Auf jeweils ca. 30 Seiten wird hier abschließend zusammengefasst, über welches »Grundwissen« bzw. welche »Kompetenzen« Jugendliche nach der 9. bzw. 10. Hauptschulklasse verfügen sollen. Wir halten diese Zusammenfassungen für die einzelnen Fächer für völlig ausreichend und schlugen daher vor, die detaillierten Fachlehrpläne zu streichen und verwiesen dabei auf die (»dünnen«) schwedischen und finnischen Lehrpläne.

### **Wir brauchen einen Konsens über Bildungsziele!**

Schließlich formulierten wir in der Stellungnahme unsere Erwartung, dass Bayern und die anderen Bundesländer in der KMK und weit darüber hinaus eine Diskussion über Bildungsziele eröffnen. Ziel muss ein wissenschaftlich abgesicherter und von allen gesellschaftlichen Gruppen (nicht von Industrie und Wirtschaft diktiert) getragener Konsens über den Bildungsbegriff, seine Inhalte und Ziele, sein. Wenn dieser vorliegt, können konkrete Antworten auf die Fragen nach konkretem Wissen und nach Kompetenzen gesucht werden. Spätestens dann hat sich der vorliegende Hauptschullehrplan überlebt.

**von Gele Neubäcker**

*Beide Papiere der Fachgruppe können bei der DDS-Redaktion angefordert werden.*

# Amoklauf der Bezirke und Kommunen

## Was bleibt übrig von der Eingliederungshilfe?

Eigentlich haben wir im Bereich Behindertenhilfe eine unveränderte Rechtslage. Es gilt nach wie vor die individuelle Bedarfsmessung – § 3 BSHG, ab 2005: SGB XII, leicht verändert – und dieser Paragraph hält *noch* einen Damm, obwohl er schon 2003 unter einen Haushaltsvorbehalt gestellt werden sollte.

Wer behindert oder von Behinderung bedroht ist, hat sein ganzes Leben Anspruch auf Leistungen nach diesem Gesetz, und dies fast ohne Eigenleistungen: von der Frühförderung über Kindergarten, Tagesstätte, Werkstatt bis zu Förderstätte und Wohnheim.

Leider sind diese Leistungen durch die prekäre Situation auch der bayerischen Kommunen und Bezirke akut bedroht.

Schon durch die Reform der Finanzierung vor 5 Jahren (§93 BSHG. ff) wurden nur noch Pauschalen für die von den Trägern angebotenen Leistungen in Aussicht gestellt, das ursprüngliche Kostendeckungsprinzip dagegen aufgegeben. Seitdem gab es wenige Verhandlungen, in langen Zeitabständen kleinere lineare Steigerungen der alten Pflegesätze, auch als »Deckelung« bekannt, die stets deutlich unter den realen Lohn- und Sachkostensteigerungen geblieben sind. Die dadurch entstandenen Defizite aller Träger der Behindertenhilfe führten in der Folge zu schleichendem Leistungsabbau und zu Personalkostenkürzungen jeder Art, durch Ausgründungen, Lohnabbau und Tarifflicht.

Mit den zuletzt bekannt gewordenen Entscheidungen der bayerischen Bezirke scheint nun der Damm des § 3 BSHG endgültig zu brechen:

- Oberfranken beschloss, Ferienmaßnahmen für behinderte Kinder nicht mehr zu finanzieren und Einzelzimmerzuschläge für HeimbewohnerInnen zu streichen, so dass diese wieder in Doppelzimmer verlegt werden müssten.
- Mittelfranken beschloss eine sog. Nullrunde, um durch Festschreibung des Status quo 6 Millionen Mehraufwand im Haushalt zu sparen. Man setzt bei Neuverhandlungen auf Reduzierung des Leistungsrahmens, um Entgeltabsenkungen zu erreichen
- Den Vogel schoss aber der Bezirk Schwaben ab. Er griff zum unerhörten Mittel der »Minusrunde«: So sollen alle Entgelte der Eingliederungshilfe *rechtswidrig* pauschal um 5% gekürzt werden, um »mit weniger mehr zu leisten«. Dies betrifft alle Maßnahmen, von der Einzelintegration im Kindergarten bis zu Wohn- und Pflegeheimen. Gleichzeitig sollen auch hier nur noch Zweibettzimmer finanziert werden. Ein Rückschritt in die 70er Jahre!
- Bei integrativen Kindergärten/-gruppen haben die Bezirke Schwaben und Oberbayern eine sog. Budgetierung eingeführt, die bedeutet, dass nur noch die 2003 finanzierten Plätze garantiert werden. Dies führt dazu, dass trotz intensiver Vorbereitung behinderte Kinder 2004 u.U. keinen Platz in diesen Einrichtungen finden. Anträ-

ge sind bereits abgelehnt. Sie müssten in die teureren Sondertagesstätten ausweichen, die überdies auch voll sind, in letzter Instanz auch in (vollstationäre) Heime.

Grund für diese sicher nicht vollständige Liste von Grausamkeiten, die zumindest in Oberfranken etwas abgemildert wurden, ist die desolante Finanzsituation der Bezirke *und* der Kommunen, die ja die Bezirke bezahlen. Verursacht ist diese vor allem durch die Kürzungspolitik des Freistaats Bayern: Der Finanzausgleich für die Bezirke hätte um 300 Millionen Euro aufgestockt werden müssen, um alle gesetzlich notwendigen Ausgaben im Bereich Eingliederungshilfe leisten zu können. Tatsächlich waren es aber nur 140 Millionen! Die Folgen sind im Moment noch nicht abzusehen. In den Augen der Bevölkerung treffen diese Kürzungen nur eine kleine Minderheit. Darin, wie man mit Minderheiten umgeht und dabei noch Wählerstimmen kassiert, ist die CSU Meister! Man scheint darauf zu setzen, dass Betroffene sich in aller Regel nicht rechtlich wehren, weil sie im Gegensatz zu den Kostenträgern weder die Zeit noch die Mittel und meist auch nicht die Kompetenz zu einer Klage haben.

In Einzelfällen haben die Träger der Behindertenhilfe immerhin ein Verbandsklagerecht, das jetzt die Lebenshilfe in einer schwäbischen Entscheidung erstmals einsetzen wird.

Wegen der rechtswidrigen Pflegesatz-(Leistungsentgelt-)kürzung verklagen die Lebenshilfe und andere Freie Träger den Bezirk Schwaben wegen seiner 5% Pauschalkürzungen – ein Bruch der Vertragsbedingungen nach §93,ff – gleichzeitig läuft jedoch ein anderer, bemerkenswerter Prozess: Dass der Bezirk Schwaben und alle schwäbischen Kommunen eine Popularklage beim Bayer. Verfassungsgerichtshof auf ausreichenden Finanzausgleich einreichen werden, um ein Jahrzehnt staatlicher Finanzdrosselung zu beenden, ist als außerordentlich mutig zu bezeichnen.

von **Günther Schedel-Gschwendtner**

Leiter des Sozialpädagogischen Büros  
der GEW Bayern  
GEW\_SozPaed@t-online.de



DGB-Bildungswerk, GEW und ver.di veranstalten

**am 17. Juni 2004 in Nürnberg**  
**eine Fachtagung**

für Mitglieder in Betriebs- und Personalräten sowie MAV in  
**Einrichtungen der Behindertenhilfe**

Hier wird Wissen über die veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen vermittelt und den InteressenvertreterInnen gegenseitiger Austausch ermöglicht. In Arbeitsgruppen sollen betriebliche und überbetriebliche Strategien für den Umgang mit der neuen Situation erarbeitet werden. »Neue« erhalten eine Einführung in die Finanzierung der Behindertenhilfe.

**Bitte schnell anmelden: Anmeldeschluss 7.6.2004**

**Infos: DGB Bildungswerk, Petra Flingelli 089-55 93 36-50**

# Ausreisezentren: Ein Angriff auf die Menschenrechte

Als 1998 die ersten Ausreisezentren in Niedersachsen als sogenanntes »Projekt X« initiiert wurden, konnte kaum jemand die folgenschweren Auswirkungen abschätzen. Nun, im Jahr 2004, wissen die Innenminister mehr über die Effizienz ihrer Abschiebe- und Kriminalisierungspraxis.

In fünf weiteren Bundesländern wurden in den Jahren 1998 bis 2003 Ausreisezentren eröffnet, die alle dasselbe Ziel haben: Flüchtlinge und MigrantInnen mit der rechtlichen Zuweisung »ausreisepflichtig«, bei welcher keine andere staatliche Maßnahme gesetzlich greifen konnte, sollen zur widerstandslosen, »freiwilligen« Ausreise gezwungen werden.

Aktuell existieren in Bayern vier »Ausreisezentren«. Seit Herbst 2002 eines in Fürth, ein Jahr später wurden in Nürnberg (Silberstraße), Hormersdorf (Gemeinde Schnaittach/Mittelfranken) und in Engelsberg (Landkreis Traunstein/Oberbayern) weitere solche Zentren eröffnet.

## Da sind sich alle einig

Die rechtliche Einordnung ist wie folgt: Abgelehnte AsylbewerberInnen oder Menschen, deren teilweise jahrelange Duldung<sup>1)</sup> nicht verlängert wurde, die sich aber weiterhin auf dem Hoheitsgebiet der BRD aufhalten, werden in der Bundesrepublik vom Bundesgrenzschutz abgeschoben.

Jährlich sind davon 50.000 Menschen betroffen. Zur Verringerung einer unterstellten »Fluchtgefahr« können diese Menschen im Vorfeld ihrer Abschiebung bis zu achtzehn Monate in Abschiebeknästen interniert werden.

Diese Praxis der Kriminalisierung von Flüchtlingen wurde und wird – im Unterschied zu den KritikerInnen dieser rassistischen Praxis – von allen führenden bundesrepublikanischen Parteien als zwingend notwendig unterstellt. Doch sie stößt an rechtsstaatliche Grenzen, die den abschiebewilligen Bundes- und Länderregierungen Sorge bereitet: Ausreisepflichtige Menschen, die keine gültigen Ausweis-papiere ihrer Herkunftsstaaten besitzen oder in deren Herkunftsstaaten es keine Reisemöglichkeiten gibt, können faktisch nicht abgeschoben werden – eine Lücke des Abschiebevollzugs, die mit Ausreisezentren geschlossen werden soll.

Deshalb verankerte die Bundesregierung unter der SPD und den GRÜNEN in ihrem Entwurf zum Zuwanderungsgesetz mit einer »Kann-Bestimmung« die Einrichtung von Ausreisezentren als Möglichkeit der einzelnen Bundesländer – die Vollzugsorgane in Angelegenheiten der Abschiebung.

## Eine perverse, aber simple Idee

Der Zielgruppe von Ausreisezentren wird unterstellt, bei der Identitätsfeststellung nicht mitzuwirken, ihre Identität zu verschleiern oder falsche Angaben zu ihrem Herkunftsstaat gemacht zu haben.

Aufgrund der fehlenden Pässe ist die sofortige Abschiebung dieser Flüchtlinge nicht möglich, auch eine Einweisung in Abschiebeknäste kann nicht angeordnet werden<sup>2)</sup>. Mittels der Ausreisezentren sollen sie deshalb zur »freiwilligen« Ausreise gezwungen werden. Dazu werden ihre Lebensbedingungen so massiv verschlechtert, dass sich »eine gewisse Stimmung der Hoffnungs- und Orientierungslosigkeit«<sup>3)</sup> einstellen soll. Eine einzigartige Idee hilft den PolitikerInnen, ihr Ziel zu erreichen: Einmal in ein Ausreisezentrum eingewiesen heißt, bis zur Ausreise/Abschiebung dauerhaft hier leben zu müssen! Selbst der Abschiebeknast bietet von Abschiebung bedrohten Menschen gewissermaßen mehr Perspektive. Hier ist zumindest nach maximal achtzehn Monaten ein gesetzliches Ende gesetzt.

Mit Zuckerbrot und Peitsche soll das Schweigen gebrochen werden. Mehrmals im Monat kommen (Verwaltungs-) Angestellte des bayerischen Innenministeriums, der jeweiligen Regierungsbezirke und des *Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge* zum Verhör. Wer in seine »freiwillige« Ausreise einwilligt, bekommt geringe Zugeständnisse, so wird der extrem eingeschränkte Bewegungsraum, der ansonsten beispielsweise nur das Stadtgebiet Fürth umfasst, erweitert. Milde und Güte also denjenigen, die an ihrer Ausreise »freiwillig« mitwirken. Ferner müssen die eingewiesenen Personen mit rationierten Essenspaketen, die zur »Sicherung der Anwesenheit« täglich ausgegeben werden und ohne die ihnen monatlich zustehenden 40 Euro »Taschengeld« auskommen. Eventuell angespartes Vermögen wird für den Unterhalt gepfändet, jegliche Lohnarbeit ist den eingewiesenen Menschen untersagt, Besuche sind nicht gestattet. Rechtlich sehr bedenklich erscheint zudem die neue bayerische Praxis des Asylverfahrens: Sollten erkennbare Anzeichen für eine baldige Ablehnung des Asyl-antrages bestehen, können statuslose Personen bereits während des Verfahrens in Ausreisezentren eingewiesen werden.



Aufenthaltsraum Hormersdorf



Baubsubstanz Hormersdorf



Essensausgabe Hormersdorf

## Voller Erfolg

Für den bayerischen Innenminister Beckstein (CSU) ist die Einrichtung des Ausreisezentrums Fürth ein voller Erfolg.

Von den bisher eingewiesenen Personen sind über die Hälfte untergetaucht und leben sehr wahrscheinlich weiterhin in der BRD bzw. in Bayern. Dies hat für die Verantwortlichen durchaus positive Konsequenzen: Sie sind nun nicht mehr verantwortlich. Bisherige soziale Transferleistungen, die aus dem Arbeitsverbot resultieren und das verminderte Existenzminimum garantieren sollen, müssen nicht mehr gezahlt werden. Auch der Arbeitsmarkt wird mit den nunmehr gänzlich illegalisierten, schutzlosen und damit »höheren« ArbeitnehmerInnen bedient.

In der BRD leben schätzungsweise 500.000 bis zu einer Million Menschen in der sogenannten Illegalität<sup>4)</sup> – ohne Krankenschutz, ohne Recht auf Bildung und Arbeit oder ordentliche Wohnung. Eine klare Absage an die Menschenrechte.

## Bayernweiter Widerstand

Bereits Mitte 2002 machte die Münchner Menschenrechtsgruppe *res publica* auf die Pläne des bayerischen Innenministeriums aufmerksam und unterstützte damit die Mobilisierung des Widerstandes. Seither reißt die Kritik an diesen Einrichtungen nicht ab.

Dennoch war die Zentrale Rückführungsstelle Nordbayern bei der Regierung von Mittelfranken mit ihrem damaligen Dienstherren Christoph Hammer anfangs hoch begeistert von Ausreisezentren und sah sich nur einer kleinen Gruppe von KritikerInnen ausgesetzt. Doch stellte sich sehr bald bayernweit ein Bündnis aus Flüchtlingsorganisationen, Studierendenvertretungen, Gewerkschaften und Menschenrechtsorganisationen gegen die Existenz der Fürther Einrichtung. Auch die bayerischen Wohlfahrtsverbände lehnten ihren Einsatz im Fürther Ausreisezentrum geschlossen ab, da eine alternativlose, allein auf die Erzwingung der Ausreise abzielende Beratung nicht mit ihrem Selbstverständnis zu vereinbaren ist.

Der Begriff »Ausreisezentrum« wurde im Jahr 2002 das Vize-Unwort des Jahres.

Im März 2004 erklärte schließlich die Landessynode der evangelischen Kirche in Bayern das Fürther Ausreisezentrum als menschenunwürdig und forderte die sofortige Schließung und den Verzicht auf weitere Ausreisezentren. Beckstein, selbst Mitglied der Landessynode, hielt diese Forderung unter kirchlichen Aspekten für verständlich, wies jedoch die protestantische Entscheidung zurück, denn es gebe – wie so oft – »keine Alternative«.

Der Beschluss der Evangelischen Landessynode hat die GEW Bayern und andere engagierte Organisationen und Gruppen in ihrem Bestreben bestärkt, die sofortige Schließung aller Ausreisezentren als unmissverständliche Forderung aufrecht zu halten.

## Fortführung unter Geheimhaltung

Durch die anhaltende Kritik wurde den politisch Verantwortlichen mittlerweile deutlich, dass Ausreisezentren ein Politikum auch in der breiteren Öffentlichkeit darstellen. Die prekäre und isolierte Lage, in der sich die Betroffenen befinden, wird vielen Bürgerinnen und Bürgern immer mehr bewusst. Deshalb entschied sich das Bayerische Innenministerium im vergangenen Jahr dazu, seine menschenverachtenden Praktiken augenscheinlich abzuschwächen und zu verharmlosen: Es gibt nach Lesart der Behörden in Bayern nach wie vor »nur« ein einziges Ausreisezentrum, dasjenige in Fürth. Doch wurden inzwischen als »Sonderunterkünfte« getarnt drei weitere eingerichtet. Allen ist gemeinsam, dass sie den Zentralen Rückführungsstellen und damit dem Innenministerium unterstehen und die untergebrachten Flüchtlinge zum schnellstmöglichen Verlassen der Bundesrepublik zwingen sollen. Im Herbst 2003 wurde die Umfunktionierung der ehemaligen AsylbewerberInnenunterkunft in der Silberstraße (Nürnberg) bekannt. In Hornersdorf und Engelsberg wurden zeitgleich ebenfalls weitere »Sonderunterkünfte« geschaffen. Diesmal sind es weit von den Metropolen abgelegene Einrichtungen, in die Menschen eingewiesen werden, denen man – so der Leiter der Zentralen Rückführungsstelle Südbayern, Wolfgang Bruckmann – die »Attraktivität der Ballungsräume entziehen« wolle, um sie zur Ausreise zu bewegen. Der Regierungspräsident von Mittelfranken, Karl Inhofer, kann letztlich »keine zur Hilflosigkeit führende Isolierung der Asylbewerber erkennen«.<sup>5)</sup>

Offenkundig wird das Politikum von der CSU totgeschwiegen. Während das Fürther Ausreisezentrum mit einem meterhohen Zaun inklusive Wachdienst und Schleuse versehen ist, unterblieben diese sichtbaren Diskriminierungen in den genannten weiteren bayerischen Ausreisezentren. Die auf unbestimmte Zeit angesetzte Einweisung, der eingeschränkte Bewegungsraum, die völlig mittellose Lage und die penetrante Verhörpraxis finden auch hier statt. Bayern hat demnach nicht ein Ausreisezentrum, sondern vier Abschiebelager! Insgesamt steht das Konzept »Ausreisezentrum« einzig und allein dafür, die Hoffnungslosigkeit und Isolation für unliebsame Flüchtlinge zu etablieren – ein pervernes Programm der Verantwortlichen.

**von Philipp Heinze**

<sup>1)</sup> Der Status der Duldung bescheinigt den betroffenen Flüchtlingen, dass die Bundesrepublik auf ihre Abschiebung vorübergehend verzichtet und ihren Aufenthalt duldet. Sie kann je nach Ermessen der Ausländerämter zwischen einem Tag und maximal drei, in Ausnahmefällen sechs Monaten gültig sein und muss dann verlängert werden.

<sup>2)</sup> Nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts dürfen Flüchtlinge nur in Abschiebehaft genommen werden, wenn eine Abschiebung in absehbarer Zeit auch tatsächlich möglich ist (BVerfG, 2BvR 91/95).

<sup>3)</sup> Zitat: Dietmar Martini-Emden, Leiter des Amtes für Ausländerangelegenheiten Rheinland-Pfalz; Quelle: [www.ausreisezentren.de/](http://www.ausreisezentren.de/) Broschüre: »Was sind eigentlich Ausreisezentren?«, 2003

<sup>4)</sup> Allein in München wird die Zahl der Illegalisierten nach einer Studie der Landeshauptstadt auf 20.000 bis 50.000 geschätzt.

<sup>5)</sup> Nürnberger Nachrichten vom 28.4.2004, »Inhofer lehnt Schließung ab«, S. 15

Schon lange plant die DDS-Redaktion eine Berichterstattung über Kreisverbände der bayerischen GEW. Wir wollen nach und nach möglichst alle Kreisverbände besuchen und »portraitieren«. Hier unser erster Bericht:

## Der GEW-Kreisverband Donau-Ries/Dillingen:

# Starke Kolleginnen und Kollegen

Der Besuch bei den KollegInnen vom Kreisverband Donau-Ries/Dillingen war seit langem vereinbart. Termin: ein Mittwoch im März, es wurde der 17., Ort: Donauwörth, Posthotel »Traube«, Nebenzimmer. Ich fuhr mit dem Zug hin und wurde bereits am Bahnsteig erwartet – eine Geste, die für sich spricht und für das freundschaftliche Klima in diesem Kreisverband.

### Sechs plus eins gleich sieben

Meine GastgeberInnen an diesem Abend: Hansjörg Schupp, der nominelle Kreisvorsitzende, Volks- und Sonderschullehrer im Ruhestand, Liane Schlünz, aus Sachsen-Anhalt »eingewanderte« Realschullehrerin, die Jüngste in der Runde, Nicola Klemz, Gymnasiallehrerin im Vorruhestand, Josef Hörmann, Grund- und Hauptschullehrer, Mitstreiter im Vorstand sowie Personalrat im Schulamtsbezirk, Jürgen Berghoff, pensionierter Werklehrer und Heimerzieher, und Heiner Holl, Berufsschullehrer, gleichfalls Ruheständler und derzeit der Kassier des Verbands.

### Fast eine Legende

Das Treffen sollte kein Frage-und-Antwort-Spiel sein. Wir warfen deshalb am Anfang einen Blick auf die Geschichte des Kreisverbands, auf ein paar statistische Daten und die Arbeit der Donau-Rieser KollegInnen in den letzten zweieinhalb Jahren, was sicher niemand besser hätte machen können als Hansjörg Schupp. Seit 44 Jahren in der GEW, mit 67 Jahren der Älteste im Kreisverband und seit 1972 fast ununterbrochen in der Vorstandschaft, kam er mir fast wie eine so genannte Legende vor, doch humorvoll sah er sich selbst eher als eine Art »lebendes Fossil«.

### Das Einst und das Heute

Mit der Gründung eines Kreisverbandes in Donauwörth, in dem der Kollege Schupp damals den Posten des Kassiers übernahm, beginnt 1972 die Geschichte des Kreisverbands Donau-Ries/Dillingen. Bis dahin spielte sich das Leben der vereinzelt GEW-Mitglieder in den Altlandkreisen Dillingen, Donauwörth, Nördlingen und Wertingen mit GEW-BV-Sitz in Augsburg ab. Demnach besteht der heutige Kreisverband aus den genannten vier Altkreisen und übergreift

die Landkreise Donau-Ries mit 73% und Dillingen mit 27% der Mitglieder. In der Luftlinie messen die beiden Kreise zusammen von Nord nach Süd rund 60 km und von Ost nach West rund 50 km. Eigene Sitzungen kennt der Vorstand nicht. Die drei gleich berechtigten Obleute besprechen alle Fragen auf den monatlichen Kreisverbandstreffen, die immer an einem Mittwoch abwechselnd in Donauwörth und Nördlingen stattfinden und zu denen jedes der 60 Mitglieder eine schriftliche Einladung erhält. Bei Sachen, die keinen Aufschub dulden, konferiert der Vorstand telefonisch.

Jürgen Berghoff und Josef Hörmann



unten:  
Jürgen Kintrup  
und Nicola Klemz



Die Fotos dienen als Beweis dafür, dass die KollegInnen nicht nur hochpolitische Themen anpacken, sondern hin und wieder auch fröhlich die Maßkrüge.



oben:  
Peter Schmidt,  
eine Bekannte  
und Fabian Fuchs



oben:  
Manuel und Beatrix Fuchs  
mit Heiner Holl

links:  
Hansjörg Schupp

### Typisches und Untypisches

Der kurze Ausflug in die Statistik 2003/04 zeigte manches Typische: 32 Mitglieder sind männlichen, 28 weiblichen Geschlechts. Das Durchschnittsalter liegt bei rund 52 Jahren, das jüngste Mitglied ist 27, das älteste 67. Nur ein einziger Student fand den Weg in die Donau-Rieser GEW. Beamtet sind 41 Mitglieder, als Angestellte arbeiten 9, und 7 befinden sich im Ruhestand. Eher untypisch für einen Kreisverband in der bayerischen GEW ist der niedrige Anteil der SozialpädagogInnen (5) im Vergleich zur LehrerIn-

nenschaft (52), in der alle Schularten vertreten sind. Ganz und gar untypisch ist hier wiederum der hohe Anteil der GymnasiallehrerInnen (19), die mit den Grund- und Haupt- schullehrerInnen (zusammen 19) gleichauf liegen.

## Charakteristische Themen

Charakteristisch für die Arbeit der KollegInnen dann die Themen der zahlreichen Veranstaltungen, über die jeweils Pressemitteilungen an die örtlichen Medien gehen. Beispiele: Begegnung mit KollegInnen der GEW Ostwürttemberg/ Heidenheim, Diskussion über »Pisa«, Informationsabend mit dem Betriebsratsvorsitzenden des Großverlags C.H.Beck, Vortragsabend »Englisch in der Grundschule«, Filmvorführung »Spitze! Schule am Wendekreis der Pädagogik«, Gespräch mit dem Vorsitzenden des DGB-Ortskartells Nördlingen, Referat von Konrad Riggemann, Autor des Buches »Kruzifix und Holocaust«. Weitere Stichworte: »Montessori-Erziehung«, »Psychotherapie und Schule«, »Achtjähriges Gymnasium«.

In Vorbereitung: Formen der Teilnahme an der 1.Mai-Feier dieses Jahres, »Ganztagsschule«. Vielsagend auch einige Presseschlagzeilen: »GEW kritisiert Ansatz für die »Agenda 2010«, »Lehrergewerkschaft: Auch 25 Schüler eine Zumutung«, »Lehrer wollen nicht zum Nulltarif nachsitzen«, »GEW kritisiert Einschnitte im Bildungswesen«, »GEW kommt nicht zur SPD-Feier«.

## Streitbar und kompetent

Mein Eindruck: Hier »orientieren sich«, wie der Kollege Schupp sagte, streitbare und kompetente KollegInnen »als Bildungsgewerkschafter stark an gewerkschaftlichen und politischen Positionen und vertreten gewisse linke Anliegen.« Sie melden sich einzeln oder geschlossen zu Wort, wenn Grundfreiheiten bedroht sind, und kämpfen gegen

das Vergessen an. Heiner Holl erinnerte an seine erfolgreiche Gegenwehr gegen die Zumutung einer ortsansässigen Firma, die anlässlich ihres 125-jährigen Bestehens die Arierisierung, aus der sie hervorgegangen war, mit den Worten beschönigte, »die jüdischen Besitzer hätten Deutschland den Rücken gekehrt«. Ins Bild passte auch der kurze Rückblick auf Heiners jahrelangen Rechtsstreit vor bayerischen Gerichten wegen des grundgesetzwidrigen Aufhängens von Kruzifixen in den staatlichen Schulen.

## Eine lebendige »Hälfte«

Natürlich wurde auch der hohe Altersdurchschnitt des Kreisverbands angesprochen. Jürgen Berghoff fand es »etwas schade, das wir mindestens zur Hälfte immer eigentlich so eine Rentnergruppe sind«, doch der Lebendigkeit der Diskussion tat es keinen Abbruch, wohl auch wegen der Themen. Nicola Klemzt äußerte ihr Erstaunen über die Besetzung eines Podiums am 1.Mai, auf dem neben dem GEW-Landesvorsitzenden Schorsch Wiesmaier auch Vertreter der AOK und des Arbeitsamtes sowie der Nördlinger Oberbürgermeister von der CSU sitzen werden. Und Liane Schlünz löste eine teils heftige Diskussion über das Thema »Mehrarbeit« aus, da sie an ihrer Schule immer wieder zu Überstunden genötigt wird. Selbstredend ein Fall für Josef Hörmann, der die Rechtslage geduldig erläuterte. Der Begriff »Lehrerstreik« war das Stichwort für eine weitere lebhaftige Debatte, die ich gerade noch mitbekam. Dann mahnte mich der gnadenlose Fahrplan der Deutschen Bahn AG zum Aufbruch. Meine Besuchszeit bei den starken KollegInnen des Kreisverbands Donau-Ries/ Dillingen war leider um.

**von Hannes Henjes**

Mitglied der DDS-Redaktion  
Gymnasiallehrer im »Unruhestand«  
e-mail: h.henjes@web.de



**7. Juli 2004**

**Interdisziplinäre Fachtagung**

der Stiftung Zuhören und

des Lehrstuhls für Grundschulpädagogik und -didaktik an der LMU München

**Erzähl uns was!**

**Die Kunst des Erzählens lernen und lehren**

**»Ich hatte beim Erzählen nie Angst gehabt, doch bei dir und einigen anderen Lehrern«, sagte der Friseur und schaute den Lehrer an, »habe ich nach einer Weile die Lust verloren, weil ihr nicht meine Geschichten, sondern meine Sprachfehler verfolgt habt.«  
(Rafik Schami)**

Treffen diese Erfahrungen heute noch auf den schulischen Alltag zu? Wird Erzählen nur als Vehikel für sprachdidaktische Ziele benutzt? Haben Kindergeschichten einen angemessenen Platz im Unterricht? Wie steht es um die Wertschätzung der Mündlichkeit und um die Erzählfähigkeit der Lehrenden?

Diese und weitere Fragen stehen im Mittelpunkt der Fachtagung, die aus interdisziplinärer Sicht Zusammenhänge und Hintergründe beleuchtet. Beispiele aus dem Mo-

dellprojekt »Erzählen und Zuhören an bayerischen Schulen« geben praktische Anregungen, Erzählprofis zeigen ihre Kunst. Denn das mündliche Erzählen im Alltag, in der Schule verleitet zum Zuhören und gehört zu den wertvollen und schönsten Formen der Kommunikation.

Tagungsprogramm unter: [www.br-online.de/erzaehlen](http://www.br-online.de/erzaehlen) > Termine

Schriftliche Anmeldung erforderlich unter:  
[www.siemensforum.de/slf-muenchen](http://www.siemensforum.de/slf-muenchen) > Veranstaltungskalender > Juli

# Angststörungen in Lehrberufen nehmen zu – Wege aus der Angst

Fachleute schätzen, dass etwa jeder Zehnte in Deutschland ernsthafte Probleme mit der Angst hat. Bereits Kinder und Jugendliche, aber auch Menschen im Mittelalter sowie alte Frauen und Männer sind davon betroffen. Offensichtlich spielt Bildung und gesellschaftliche oder berufliche Stellung keine Rolle. Es kann grundsätzlich Jeden treffen. Dabei geht es nicht um die normale Angst als Schutzfunktion, sondern um krankhafte Angst. Korrespondierende Krankheitsbilder sind Depressionen, Erschöpfungszustände und das sog. Burn-Out-Syndrom. Insbesondere Helferberufe wie Krankenschwestern, Polizisten und Lehrkräfte scheinen stark betroffen zu sein.

Neben Panikattacken treten häufig soziale Ängste und Platzängste auf, z.B. die Angst vor Menschenmengen, in Schlangen zu stehen, mit jemand anderem zu essen, Angst vor einer Klasse zu stehen, Angst vor Nähe, Angst keine Anerkennung zu bekommen, Angst Fehler zu machen u.v.a.

Die Erkrankten ziehen sich oft zurück in die Isolation, weil das Thema tabu und nicht schick ist, vermeiden immer häufiger leichte Alltagssituationen und sehen sich den an sie gerichteten Anforderungen nicht mehr gewachsen. Die Folge: häufigere und größere Ängste bis hin zur Generalisierung! Die Krankenscheine nehmen zu, die Angst

vor Repressalien beginnt. Oft in Unkenntnis der tatsächlichen Situation werden Berufskollegen gemobbt, weil sie denken, in ihren Kollegen ausgemachte Faulenzer entdeckt zu haben.

Frauen können sich gefühlsmäßig besser mitteilen, während bei Männern das alte Erziehungsmuster »Ein Indianer kennt keinen Schmerz« und »Ein Mann weint nicht« sehr präsent ist. Hier beginnt möglicherweise der Weg in die organische Krankheit oder in die Sucht.

Oft sind traumatische Erlebnisse (z.B. Trauer, Scheidung) Auslöser von Angst, es scheint aber auch besondere Persönlichkeitsmerkmale zu geben, die das Auftreten von Angststörungen fördern: Perfektionismus, niedrig gehaltene Emotionen wie Aggression und Ärger, stete Suche nach Anerkennung, zu hohe Erwartungen, damit verbundene häufige Enttäuschungen und der allseits präsenste Sprachfehler, nicht »Nein« sagen zu können.

Die Therapiemöglichkeiten geben Anlass zur Hoffnung: Es gibt heute gute Möglichkeiten, Angsterkrankungen zu behandeln. Dabei ist die Angst kein Feind, den es zu bekämpfen oder zu bezwingen gilt, sondern eine Freundin, die als Warnsignal des Geistes und des Körpers zu verstehen ist.



**Roland Rosinus**, 46, Polizeihauptkommissar aus dem Saarland, hat aus eigenem Erleben ein Buch geschrieben, das offen und ehrlich seine Erkrankung und den Weg aus der Angst schildert. Es ist eine wertvolle Hilfe für Betroffene, Angehörige und Interessierte.

Das Buch »Aus der Dunkelheit ans Licht – Wenn Angst zur Krankheit wird« kann bezogen werden beim Autor selbst:

e-mail: rorosinus@aol.com • Tel.06894/956233 bei Amazon, BOL oder in jeder größeren Buchhandlung. Roland Rosinus hält auf Anfrage auch Vorträge zum Thema Angsterkrankungen.

## Eine Kindheit und Jugend in der Nachkriegszeit

Es gibt nicht viele authentische Berichte über die 50er Jahre. Während die Nazizeit in unzähligen Romanen geschildert worden ist, sind die Jahre danach auffällig unterbelichtet. Umso bemerkenswerter, was der Gymnasiallehrer Winfried Klose, seit 30 Jahren GEW-Mitglied, in seinem Erstlingsroman »Ohne Fluchtpunkt« niedergeschrieben hat.

Klose war sechs Jahre alt, als seine Eltern die schlesische Heimat in Oppeln verlassen mussten und nach Coburg kamen. Dort galt er als »Wasserpolek«, denn nach 1945 gehörte Schlesien zu Polen, und einige Coburger fanden offensichtlich Gefallen daran, dem Fremdling zu zeigen, dass er unwillkommen war. Klose erzählt sehr plastisch, welche Gewalttätigkeiten er anfangs zu ertragen hatte. Eindringlich beschrieben werden auch die Erfahrungen am stockkonservativen Casimirianum, dem Elitegymnasium der Stadt, und die demütigenden Behandlungen als Ferienarbeiter in einer Ziegelei. Wie überhaupt die Jahre der Adenauer-Ära, ihre muffige Doppelmoral, ihre Unaufgeklärtheit und autoritäre Struktur vom Autor geschickt eingefangen und problematisiert werden.

Der gelernte Deutschlehrer erweist sich als Meister der geschliffenen Sprache. Mit einer Fülle konkreter Details gelangen ihm überraschende Einblicke in das Alltagsleben einer in mehrfacher Hinsicht bornierten Kleinstadtgesellschaft. So dokumentiert das Buch ein Stück Zeitgeschichte und verdient uneingeschränkter Respekt.

Allerdings macht es Klose seinen Lesern nicht leicht. Der rote Faden fehlt völlig, es gibt keine zusammenhängende Handlung. Gedankensplitter, Erinnerungsfetzen, Gefühle von einst und Einsichten in spätere Jahre stehen vielfach ungeordnet und beziehungslos nebeneinander. Das entspricht zwar der Gemütslage der

damaligen Zeit und demonstriert die Zerrissenheit, unter der die Nachkriegsgeneration lange zu leiden hatte. Für Leser, die diese Epoche miterlebt haben, wird Kloses Buch mit Sicherheit ein Gewinn sein. Die später Geborenen jedoch werden nur die brillante Sprache des Autors zu schätzen wissen.

Thilo Castner

Winfried Klose:

Ohne Fluchtpunkt. Eine Jugend in den 50er Jahren.

Roman in Flashbacks

Aarachne Verlag, Bamberg 2004

282 S., 15 Euro

**LSW** analysen, fakten & argumente  
institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V.

**EU 2004**  
Sozialstatus • Weltmarkt

**BILANZ 2003**  
April 2004

**iw-report 57**  
April 2004  
3,00 EUR + Vers.

**iw-wirtschaftsinfo 36**  
April 2004  
4,00 EUR + Vers.

www.lsw-muenchen.de

Bestellungen Gesamtprogramm

lsw - Institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V.  
Johann-von-Weich-Str. 3, 80639 München  
fax 089-130061, fax 168 94 15, lsw\_muenchen@t-online.de

### **Interdisziplinärer Fortbildungskurs zur Lese-Rechtschreib-Schwäche**

Der Kurs richtet sich an LehrerInnen (GHS und Förderschulen), deren SchülerInnen konkrete Probleme im Schriftspracherwerb haben. Er will besonders die Fehleranalyse, die Fehlerinterpretation, der LRS vorbeugende und den Schriftspracherwerb begleitende Fördermaßnahmen in den Mittelpunkt stellen.

Der Veranstalter Bentheim-Bildung e.V. arbeitet in dieser Fortbildung eng zusammen mit den Universitäten Würzburg und München. Das Kultusministerium und die Regierungen fördern die Fortbildung durch teilweise Unterrichtsbefreiung sowie durch finanzielle Zuschüsse an den Veranstalter. Ziel des Fortbildungskurses ist • die Vermittlung von berufsrelevanten Kompetenzen im Umgang mit lese-rechtschreibschwachen Kindern, besonders hinsichtlich des Zusammenhangs von Lernschwierigkeiten und »unauffälligen Verhaltensauffälligkeiten«, • die Anleitung zu teilnehmender Beobachtung, • die Einübung in die Analyse von Verlesungen und Verschreibungen, • Vorstellung praktischer und zugleich theoretisch begründeter Verfahren zur Unterstützung des Schriftspracherwerbs, • die Vermittlung von Beratungskompetenz im Umgang mit Eltern und anderen Angehörigen.

Die Veranstaltung umfasst insgesamt 126 Std. (18 Std. Blockveranstaltungen, 8 Wochenenden zu 12 Std. und eine Abschlussveranstaltung mit Kolloquium) und findet in Würzburg in der Blindeninstitutsstiftung und in München in der Süddeutschen Wohn- und Werkstätten GmbH statt.

TN-Zahl: 20-30 (nach Reihenfolge Anmeldung)  
Anmeldeschluss: 2. Juli 04! Infos gibt es bei Bentheim-Bildung e.V.

Ohmstr. 14 • 97076 Würzburg

Tel. 09 31-2 30 09-23 96

Fax: 09 31-2 30 09-23 90

www.bentheim-bildung.de > Bildungsangebote

### **Dauerausstellung über nachwachsende Rohstoffe**

Eine Ausstellung über nachwachsende Rohstoffe haben C.A.R.M.E.N. e.V. (Centrales Agrar- Rohstoff- Marketing- und Entwicklungs-Netzwerk) und das TFZ (Technologie- und Förderzentrum) in Straubing konzipiert. Mit Postern und Exponaten werden die Bereiche Holz und Zellulose, Pflanzenöl, Stärke und Zucker sowie Fasern veranschaulicht. Allgemeine Themen wie der Klimaschutz und die Vorräte an fossilen Energieträgern werden ebenso dargestellt wie aussichtsreiche Kulturpflanzen, die in Zukunft große Bedeutung erlangen könnten.

Lehrkräfte und SchülerInnen aller Schularten sowie interessierte Eltern können kostenfrei einen Termin für eine Ausstellungsführung vereinbaren. MitarbeiterIn-

## **Dies und Das**

nen des Zentrums geben einen Überblick über die Nutzung nachwachsender Rohstoffe und stehen für Fragen zur Verfügung. Dabei wird die energetische Verwertung ebenso präsentiert wie die vielfältigen Einsatzbereiche in Industrie und Haushalt. Besondere Themenwünsche und Schwerpunkte können auf Anfrage berücksichtigt werden. Zur Vorbereitung und für den Einsatz im Unterricht können die Poster der Ausstellung kostenfrei herunter geladen werden unter:

www.tfz.bayern.de • Stichwort »Aktuelles«

Anmeldung:

Tel. 0 94 21/960-300 (C.A.R.M.E.N.) und 0 94 21/300-210 (TFZ).

Weitere Informationen zu nachwachsenden Rohstoffen unter [www.carmen-ev.de](http://www.carmen-ev.de)

### **Zu Hause ist was anders. Kinder psychisch und suchtkranker Eltern**

... ist das Schwerpunktthema der aktuellen Ausgabe von »proJugend«, der Fachzeitschrift der Aktion Jugendschutz Bayern. Das Heftthema will dazu beitragen, Schweigen und Hilflosigkeit im Umgang mit betroffenen Familien zu durchbrechen und beschreibt Maßnahmen, wie Gesprächsangebote für Eltern und Kinder auch vom sozialen Umfeld initiiert werden können.

Zu bestellen über Aktion Jugendschutz

Fasaneriestr. 17 • 80636 München

Tel. 0 89/12 15 73-0 • Fax: 0 89/12 15 73-99

info@aj-bayern.de • [www.bayern.jugendschutz.de](http://www.bayern.jugendschutz.de)

### **Genderkompetenztraining für (sozial)pädagogische Einrichtungen**

Die Kontakt- und Informationsstelle für Mädchenarbeit IMMA e.V. bietet Trägern aus dem (sozial)pädagogischen Berufsfeld und der Jugendhilfe ein Genderkompetenztraining zur einrichtungsspezifischen Implementierung von Gender Mainstreaming. Die Termine können direkt verhandelt werden.

Kontakt: [hanelore.guentner@imma.de](mailto:hanelore.guentner@imma.de)

Tel. 0 89/8 63 22 98

### **Preiswürdig = lesenswert?**

Der Arbeitskreis für Jugendliteratur veranstaltet vom 17. - 19. September 2004 ein Praxisseminar zur Nominierungsliste des Deutschen Jugendliteraturpreises. Im Mittelpunkt stehen die von der Kritiker- und der Jugendjury 2004 nominierten Jugendbücher. Die Tagung findet im Vinzenz-Palotti-Haus in Freising statt.

ReferentInnen aus den Bereichen Schule, Bibliothek, Verlag, Buchhandel und Medien diskutieren, inwiefern Kinder und Jugendliche anders auf Bücher reagieren als Erwachsene, auf welche Aspekte sie bei der Lektüre besonderen Wert legen und wel-

che Beurteilungskriterien sie haben. In vier Arbeitsgruppen werden die nominierten Jugendbücher auf ihre Praxistauglichkeit geprüft.

Das Seminar richtet sich an BibliothekarInnen, BuchhändlerInnen, PädagogInnen und andere VermittlerInnen von Kinder- und Jugendliteratur. Die Teilnahmegebühr beträgt 195,00 Euro (inkl. Unterbringung im DZ und Verpflegung) bzw. 205,00 Euro (im EZ).

Programm und Anmeldung:

Arbeitskreis für Jugendliteratur

Metzstr. 14c • 81667 München

Tel. 0 89-45 80 806 • Fax: 0 89-45 80 80 88

info@jugendliteratur.org • [www.jugendliteratur.org](http://www.jugendliteratur.org)

### **Stimmbildung und Chorsingen**

Für LehrerInnen, ChorleiterInnen und ChorsängerInnen bietet Prof. Dr. Franz Brandl, Dipl.-Physiker, Stimmphysiologe, Dirigent und Leiter des Münchner Madrigalchores am 6./7. November 2004 einen Workshop an. Im Mittelpunkt des musikalischen Programms steht die Pflege der Stimmkultur durch internationale Volkslieder und einfache 4-stimmige Chorsätze. Einführung in die Stimmphysiologie und stimmphysiologische Arbeitsmethoden erfolgen anhand von Demonstrationen durch den Schäftlarnen Kinderchor.

Information und Anmeldung:

Prof. Dr. Brandl

Wiesengrund 21a • 81243 München

Tel. 0 89-88 32 62 (Di, Mi, Fr von 8-10 Uhr)

### **Unterrichtshilfen zu »Sozialstaat« und »Arbeitsmarktpolitik«**

Ende letzten Jahres haben Bundestag und Bundesrat umfangreiche Maßnahmen zur »Reform« des Arbeitsmarktes und der Sozialsysteme verabschiedet. Dies bringt weitreichende Veränderungen für alle Teile der Bevölkerung mit sich.

Auch Schülerinnen und Schüler sind durch die öffentliche Diskussion verunsichert und werden bei ihrer Berufswahl von den Veränderungen beeinflusst. Zur Behandlung dieser Themen im Unterricht hat der Wochenschau Verlag die Themenhefte »Sozialstaat« (Bestellnr. 1203) und »Arbeitsmarktpolitik« (Bestellnr. 2603) herausgebracht, die jeweils zum Preis von 8,80 Euro pro Stück (mit Methodik: 11,10 Euro, Klassensatzpreis ab 10 Heften 5,50 Euro/Stück) bestellt werden können beim

Wochenschau Verlag

Adolf-Damaschke-Str. 10 • 65824 Schwalbach

Tel. 0 61 96-8 60 65 • Fax: 0 61 86-8 60 60

[www.wochenschau-verlag.de](http://www.wochenschau-verlag.de)

### **Hilfe im Puzzle**

#### **Staatsangehörigkeitsrecht**

In der Schriftenreihe »Migration und Arbeitswelt« – herausgegeben vom DGB Bildungswerk, Bereich Migration & Qualifizierung – sind zwei neue Handreichungen



zum Thema Staatsbürgerschaft erschienen. Die Handreichung »Staatsbürgerschaft abgeben – was nun?« beschäftigt sich mit den Folgen und den gesetzlichen Grundlagen bei einer Aufgabe der Staatsbürgerschaft für Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Deutschland, Polen, Serbien und Montenegro und der Türkei. Ebenfalls für diese Länder erschien die Handreichung »Staatsbürgerschaft – hier und anderswo«, die erklärt, wie Fragen der Staatsbürgerschaft in diesen Ländern geregelt sind.

Außerdem werden die Fragen »Was ist Staatsbürgerschaft?« und »Wie werde ich Staatsangehöriger?« nach Geburt oder Abstammung, bzw. »Welche Voraussetzungen benötigt man für eine Einbürgerung« beantwortet, der Verlust der Staatsbürgerschaft beschrieben und gesagt, was »Mehrstaatigkeit« – geläufiger unter dem Begriff »doppelte Staatsangehörigkeit« – bedeutet. Beide Handreichungen gibt es als pdf-Dateien auf der Internetseite:

[www.migration-online.de](http://www.migration-online.de)

Die Printausgabe kann bestellt werden bei Der Setzkasten • Fax: 0211-40 800 90-40 [mail@setzkasten.de](mailto:mail@setzkasten.de)

### **Mut und Magie:**

#### **Mit dem Kino mobil unterwegs**

Drei Jahre lang war das Kino mobil des Bundesverbands Jugend und Film e.V. (BJF) in ganz Deutschland unterwegs und veranstaltete überall dort Filmfeste für Kinder und Jugendliche, wo junge Leute sonst keine Gelegenheit haben, Filme zu erleben. In einer umfangreichen Dokumentation veröffentlicht der BJF nun die Erfahrungen und Ergebnisse des Modellprojekts. Entstanden ist ein Heft, das praxisnahe Anregungen bietet für alle, die selbst kulturelle Filmveranstaltungen für Kinder und Jugendliche organisieren wollen.

Die Dokumentation kann gegen eine Schutzgebühr von 5 Euro (zzgl. Versandkosten) bestellt werden beim:

Bundesverband Jugend und Film e.V.,  
Kennedyallee 105a • 60596 Frankfurt/Main  
Tel. 0 69-6 31 27 23 • Fax: 0 69-631 29 22  
[mail@BJF.info](mailto:mail@BJF.info) • [www.BJF.info](http://www.BJF.info)

### **Filmseminare**

#### **für Lehrkräfte, Jugendliche und Fachkräfte der Jugendarbeit**

Das Veranstaltungsprogramm 2004 des Bundesverbands Jugend und Film e.V. (BJF) bietet interessante Seminare und Begegnungen. Spielfilme in der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit bilden den Schwerpunkt der über 50 Veranstaltungen, in denen sich die TeilnehmerInnen theoretisch und praktisch mit dem Medium Film auseinandersetzen können. Die Veranstalter vermitteln Medienkompetenz und bieten darüber hinaus ein Forum für Diskussionen über Filme und Themen, die junge Menschen heute beschäftigen. Aber auch

## **Dies und Das**

die konkrete Praxis kommt nicht zu kurz. So gibt es Kurse zum Filmen mit digitalen, 16mm- und Super-8-Kameras, einen 35mm-Vorführkurs sowie Praxis-Workshops im Sommercamp der jungen Medienszene. Zur Praxisreihe gehört auch die »Multimedia-Produktionswerkstatt« der LAG Jugend und Film Sachsen-Anhalt.

Ziel des BJF und seiner Kooperationspartner ist der Aufbau eines Netzwerks qualifizierter Fachkräfte für die Jugend-Filmarbeit. Diese informieren sich beim BJF über Möglichkeiten der Organisation und Gestaltung von Filmveranstaltungen für Kinder und Jugendliche. Sie lernen dabei nicht nur neue Filme kennen, sondern erfahren auch, welche Filme für ihre jeweiligen Zielgruppen besonders geeignet sind, erhalten Einblicke in den Ablauf von Spiel- und Kreativaktionen im Kinderkino sowie in den themenspezifischen Einsatz von Filmen im Schulunterricht oder bei Projekten in der Jugendarbeit. Deshalb sind seit diesem Jahr auch viele BJF-Seminare als Weiterbildung für LehrerInnen anerkannt.

Eine eigene Seminarreihe widmet sich dem Schulfilmkanon, den die Bundeszentrale für politische Bildung im Sommer 2003 vorgestellt hat und der 35 ausgewählte Filme umfasst, die SchülerInnen im Lauf ihrer Schulzeit sehen sollten. Der BJF und weitere Kinderfilm-Organisationen haben diesen Kanon inzwischen um Filme für jüngere Kinder ergänzt. Das Seminar »Der neue Kanon – Filme sollen Schule machen« stellt drei Filme aus dem Schulfilmkanon vor und zeigt LehrerInnen und Fachkräften der Jugendarbeit, wie diese Filme eingesetzt werden können bzw. wie sie Jugendlichen Filmkunst vermitteln können.

Das Programm 2004 kann kostenlos angefordert werden:

Bundesverband Jugend und Film e.V.,  
Kennedyallee 105a • 60596 Frankfurt/Main  
Tel. 0 69-6 31 27 23 • Fax: 0 69-631 29 22  
[mail@BJF.info](mailto:mail@BJF.info) • [www.BJF.info](http://www.BJF.info)

### **Umwelt- und Nachhaltigkeitsthemen für Sechs- bis Zwölfjährige**

»Graslöwe & Co.« heißt der neue Newsletter für Kinder, den die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) seit April sowohl online als auch per Post kostenlos verschickt. In den zwei Seiten, die monatlich erscheinen, werden Hintergrundinformationen für Kinder verständlich aufbereitet und in bildhaften Zusammenhängen dargestellt, u.a. am Beispiel des Graslöwen, der unter einem Grasdach sitzt und erzählt, wie er dies gebaut hat und welche Bedingungen dafür notwendig sind.

Neben dem pädagogischen Begleitmaterial zu den Serien und Spielfilmen, dem Gras-

löwen Club und den Graslöwen Klassenfahrten ist der neue Newsletter ein weiterer Baustein im umfangreichen Begleitprogramm dieser Initiative, um Kinder möglichst früh und spielerisch für Umwelt- und Nachhaltigkeitsthemen zu interessieren und sensibilisieren.

Weitere Infos sowie kostenlose Bestellmöglichkeit unter [www.graslöwe.de](http://www.graslöwe.de)

### **Leitfaden für Arbeitslose**

Das Arbeitslosenrecht ändert sich zur Zeit so schnell, dass Nachschlagewerke nur mit Mühe auf dem aktuellen Stand gehalten werden können. Ganz aktuell ist hier der »Leitfaden für Arbeitslose«, der im Rahmen des Arbeitslosenprojekts TuWas an der FH Frankfurt am Main entwickelt wurde. Er ist in der 21. Auflage erschienen und informiert darüber, was im Jahr 2004 für Arbeitslose, Arbeitgeber und für die Agenturen für Arbeit gilt.

Der Band kostet 11 Euro (inkl. Versandkosten) und ist zu beziehen über:

Fachhochschulverlag  
Kleiststraße 31 • 60389 Frankfurt  
Tel. 0 69-15 33-28 20 • Fax: 0 69-15 33-28 40  
[bestellung@fhverlag.de](mailto:bestellung@fhverlag.de)

### **Bildungsstandards –**

#### **Neuerscheinung in der Publikationsreihe der Evang. Akademie Bad Boll**

Im Dezember 2003 verabschiedete die KMK einheitliche Bildungsstandards für den mittleren Schulabschluss – eine erste Konsequenz aus dem PISA-Schock. Eine Konferenz der Evangelischen Akademie Bad Boll zum Thema bilanzierte, was im In- und Ausland an wissenschaftlichen Erkenntnissen und praktischen Erfahrungen vorliegt. Die jetzt erschienene Dokumentation des Kongresses bietet ein Kompendium zum Thema »Bildungsstandards« mit allen relevanten Positionen aus Politik, Wissenschaft und Verbänden. Beiträge gibt es u.a. vom PISA-Koordinator Andreas Schleicher, dem Bildungsforscher Eckhard Klieme, den Kultusministern Krapp, Mannsfeld und Reiche, dem Bildungspublizisten Reinhard Kahl sowie Wissenschaftlern aus Skandinavien, Großbritannien, den Niederlanden, den USA, Kanada und Österreich. Zwei Problemfelder stehen im Mittelpunkt: Bildungsstandards sollen nicht der Normierung von Schülerleistungen dienen oder gar als Selektionsinstrument missbraucht werden. Und sie sollen nicht instrumentalisiert werden im Streit um die Bildungshoheit der Länder. Damit liefert der Band zugleich Material für die Diskussion um eine Bildungsreform, die hilft, Bildungssysteme zu verbessern und Bildungsprozessen eine Perspektive zu geben.

Erhältlich im Buchhandel oder direkt über:  
Pressestelle der Evang. Akademie Bad Boll  
Tel. 0 71 64-7 93 05

[pressestelle@ev-akademie-boll.de](mailto:pressestelle@ev-akademie-boll.de)

## Seminare der Jungen GEW Bayern

### Zeit < Arbeit

#### Stressreduzierung im Schulalltag

Ein Seminar für BerufsanfängerInnen im Schuldienst am **26. Juni 2004** in **Regensburg**, 10.30-16.30 Uhr,

Wer kennt das Problem nicht: Schon wieder 10 Uhr abends und das halbe Arbeitspensum ist erst geschafft.

Dieses Seminar beschäftigt sich deshalb u.a. mit: ■ der Suche nach den »Zeitdieben« ■ objektiven und subjektiven Stressfaktoren  
■ Formen der Stressreduzierung ■ Arbeitshilfen zur besseren Planung ■ Arbeitsorganisation

Moderation: **Insa Gildemeister**, Beraterin für Schulentwicklung in Bremen

**Werner Schottenloher**, LAss / Gewerkschaftliche Bildungsarbeit GEW Bayern

### Zeit > bezahlte Arbeit

#### Berufliche Alternativen für ausgebildete LehrerInnen/ PädagogInnen

**17. Juli 2004** in **München**, 10.30 Uhr, DGB-Haus, Schwanthalerstr. 64 (5 Minuten vom Hauptbahnhof)

**24. Juli 2004** in **Würzburg**, 10.30 Uhr, DGB-Haus, Prymstr. 3/ Berliner Platz (3 Minuten vom Hauptbahnhof)

Endlich sind alle Prüfungen geschafft, aber es gibt keine Jobs in dem Bereich, für den man ausgebildet wurde: An den Schulen muss ein Stunde länger gearbeitet werden, damit werden Neueinstellungen beinahe überflüssig, die Kommunen haben kein Geld und kürzen vor allem soziale Angebote und damit Stellen.

Das Seminar bietet entsprechend Informationen zu: ■ der aktuellen (!) Einstellungssituation für LehrerInnen (in Bayern und anderswo) ■ beruflichen Alternativen für LehrerInnen ■ Beschäftigungschancen für (Sozial)PädagogInnen ■ Tücken von Vorstellungsgesprächen (mit Rollenspiel) ■ Grundlagen von Arbeitsverträgen

Für die Veranstaltungen laden wir auch PädagogInnen ein, die einige Zeit außerhalb ihres Berufes gearbeitet haben bzw. noch arbeiten und dazu gerne Fragen beantworten.

Moderation: **Anna Forstner**, StRin z.A., junge GEW Bayern

**Kosten:** Für GEW-Mitglieder keine (Fahrtkosten werden erstattet) • Für Nicht-Mitglieder 20 Euro (inkl. Mittagessen)

## »Modernisierung« des BAT – Fort- oder Rückschritt?

Beim letzten Tarifabschluss im öffentlichen Dienst (Jan. 2003 in Potsdam) wurde zwischen den Gewerkschaften und den Arbeitgebern auch vereinbart, den Manteltarifvertrag für Angestellte, Arbeiter und Arbeiterinnen zu »reformieren«. Damit stehen die gesamten Rahmenbedingungen und Kernpunkte zur Disposition: Lohn- und Gehaltsstruktur, Eingruppierungen, Arbeitszeitregelungen...

In Zeiten, in denen kein Tag vergeht, an dem nicht von Seiten der Arbeitgeber in der Wirtschaft oder im öffentlichen Dienst neue Angriffe auf die Rechte und Arbeitsbedingungen aller KollegInnen gefordert werden, ist Wachsamkeit geboten:

- Wie ist ganz konkret der Stand der Verhandlungen? ■ Wird der neue BAT neoliberal auf »Marktfähigkeit« getrimmt? ■ Was heißt das für unsere Löhne und Gehälter? ■ Soll mit »Leistungsentgelten« das Tarifniveau abgesenkt werden? ■ Stehen Arbeitszeitverlängerungen oder flexible Arbeitszeiten zur Diskussion? ■ Kommt dadurch ein Sack voll Arbeit auf die Personal- und Betriebsräte zu? ■ Können auch Honorarkräfte in Zukunft vom BAT erfasst werden? ■ Wie können wir als Mitglieder Einfluss auf die Verhandlungen nehmen?

Über diese Fragen informiert sich die Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe der Münchner GEW  
**am 16. Juni 2004, 19.00 Uhr, Gewerkschaftshaus München, Raum 015**  
mit **Marian Janka**, Mitglied der Großen Tarifkommission und im GEW-Hauptvorstand

### Beispielsweise Peru:

#### Gold, Gold und nochmals Gold

Warum und wie die Leute von Tambogrande mit ihrem Bürgermeister auf die Barrikaden gehen

Peru gehört inzwischen zu den am meisten Gold produzierenden Ländern der Welt. Der Goldabbau zerstört die Umwelt. Die Gewinnung mit Zyanid vergiftet das Trinkwasser. Gold wird hauptsächlich für Modeschmuck verarbeitet. Warum also wird es überhaupt abgebaut? Trägt der Erlös aus den Goldminen vielleicht zur wirtschaftlichen Entwicklung der zahlreichen Bergbaugebieten in Peru bei? Ist ganz Peru ein Bergwerk? Nein, die Menschen in der kleinen

## Dies und Das

Stadt Tambogrande und dem ganzen fruchtbaren Tal von Lorenzo haben sich erfolgreich gegen die Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen durch eine Goldmine (kanadisches Unternehmen) gewehrt.

Wie und warum dieses kleine Wunder in Zeiten neoliberaler Politik und gnadenlosem Ausverkauf der Rohstoff-Länder an multinationale Konzerne geschehen konnte, darüber berichten unsere ReferentInnen aus erster Hand: Francisco Ojera, Bürger-

meister, soll von der Minengesellschaft und ihren Helfershelfern mit allen Mitteln mundtot gemacht werden; Rosio Avila, die Aktionen des zivilen Ungehorsams und Volksentscheide mitträgt und als CEAS-Mitarbeiterin (Soziale Aktion) unterstützt.

Termin: 23.06.2004, 19.30 Uhr

München, EineWeltHaus, Raum 211/212

Veranstalter:

Perugruppe München in Kooperation mit dem Nord Süd Forum München und mit FIAN.

Die Veranstaltung findet statt im Rahmen der bundesweiten (Gold-)Minenkampagne zu Peru und in der Reihe »15 Jahre Nord Süd Forum«.

Info: Geschäftsstelle Nord Süd Forum

Tel. 0 89 – 85 63 75-23

## Herzlichen Glückwunsch!

Wir gratulieren allen Kolleginnen und Kollegen, die im Juni Geburtstag feiern, ganz besonders

**Josef Kastner**, Rehau, zum **84.**

**Otthard Kulawsky**, Ingolstadt, zum **83.**

**Monika Linxweiler**, Schauenstein, zum **80.**

**Robert Dürr**, Mainburg, zum **79.**

**Rudolf Braun**, Nürnberg, zum **76.**

**Prof. Dr. Jürgen Habermas**, Starnberg, zum **75.**

**Max Göbel**, Nürnberg, zum **74.**

sowie

**Alfred Daum**, Kirchseeon, und

**Wolfgang Roediger**, Breitengüßbach, zum **65.**



## Herzlichen Dank

sagen wir allen, die der Gewerkschaft seit vielen Jahren die Treue halten.

Im Juni gilt unser Dank ganz besonders

**Anton Sagerer**, München, für **58 Jahre**

**Wolfgang Graf**, München, für **53 Jahre**

**Hans-Jürgen Madeisky**, Neumarkt, für **40 Jahre**

sowie

**Barbara Seitz**, München,

**Otto Beck**, Bamberg,

**Gerhard Röckl**, Marktobendorf, und

**Prof. Dr. Heinz Tischer**, Bayreuth, für **35 Jahre.**

## Interessante Veranstaltungen ab Juni 2004

Die Übersicht wird ständig aktualisiert, entsprechende Hinweise bitte an: GEW-Büro für Gewerkschaftliche Bildungsarbeit, Werner Schottenloher, Richard-Wagner-Str. 5/III, 93055 Regensburg, Tel./Fax: 09 41/79 36 95, E-mail: gew21972@aol.com

<b>16.6.04</b>	<b>Zeitgenössische Kunst.</b> Kindgerechte und schülerorientierte Zugänge. Mit Elisabeth Claus, Neuer Kunstverein Aschaffenburg	Führung	<b>Aschaffenburg</b> KunstLANDing
<b>18.6.04</b>	<b>Ambulante, aufsuchende soziale Dienste</b> */** GEW-Mitglieder, Studierende und Arbeitslose frei. Veranst. GEW Bayern u. OBIS e.V. Anmeldung + Programm: 089-5440810, info@bayern.gew.de	Fachtagung	<b>Nürnberg</b> Fachhochschule Sozialwesen 10.00 - 17.00 Uhr
<b>18.-19.6.04</b>	<b>Teamarbeit im Kollegium</b> */** Mit Dr. Werner Diessener, IfS Markkleeberg, für GEW-Mitglieder kostenfrei mit FK-Erstattung	Seminar	<b>Nürnberg</b>
<b>26.6.04</b>	<b>Zeit-Arbeit. Stressmanagement für BerufsanfängerInnen</b> */** Mit Insa Gildemeister, GEW Bremen und Werner Schottenloher, für GEW-Mitglieder kostenfrei mit FK-Erstattung	Seminar	<b>Regensburg</b>
<b>7.7.04</b>	<b>Übergang Schule – Beruf: »Jungarbeiterklassen«</b>	Info-Abend	<b>Aschaffenburg</b> Berufsschulzentrum 20.00 Uhr
<b>8.7.-9.7.04</b>	<b>Arbeitsschutz für sozialpädagogische Einrichtungen</b> */** Mitbestimmungsrechte von BR/PR/MAV mit G-Schedel-Gschwendtner Anmeldung: ivp.institut@t-online.de, Tel.: 0 91 31-40 29 75	Seminar für BR/PR/MAV	<b>Stein b. Nürnberg</b>
<b>10.7.04</b>	<b>Neue Arbeitszeitmodelle für LehrerInnen?</b> Mit Prof. H.G. Schönwälder und Referenten aus anderen Bundesländern und aus Österreich. Infos+Anmeldung: GEW Bayern 0 89-54 40 81-0	Fachtagung	<b>München</b> Gewerkschaftshaus 10.00 - 16.30 Uhr
<b>17.7.04</b>	<b>Spielzeit.</b> Seminar zur praktischen Erprobung von Spielkonzepten Mit A. Körner und Ralf Dollweber, Spieltherapeut	Seminar	<b>Nürnberg</b> Aktivspielplatz
<b>18.7.-1.8.04</b>	<b>Begegnungsprojekt Masuren</b> */** Veranstalter: GEW-Hauptvorstand und NSZZ Solidarnosc	Sprachkurs und Begegnung	<b>Nowa Kaletka, Polen</b>
<b>31.7.-1.8.04</b>	<b>Fusionsfieber und Finanzkapital</b> Mit Dr. Fred Schmid vom isw München */** Anmeldung: Eberhard Rauch, Tel./Fax 0 60 21/5 26 46	GEW-Sommerseminar	<b>Heimbuchenthal (Ufr.)</b> Heimathenhof
<b>4.-8.10.04</b>	<b>Zugunsten der ArbeitnehmerInnen geltende Gesetze</b> */** Mit Knut Becker. Anmeldung GEW: Tel. 089-544 08 10	BR-Seminar	<b>Niederpöcking</b> DGB-Bildungszentrum
<b>5.10.04</b>	<b>Ausgewählte Probleme des Teilzeit- und Befristungsrechts</b> */** Veranstalter: www.consulting-fischer.de, Tel. 09 11-8 10 67 42	Seminar für BR/PR/MAV	<b>München</b> Gewerkschaftshaus
<b>25.10.04</b>	<b>Die Versetzung in Praxis und neuester Rechtsprechung</b> */** Veranstalter: www.consulting-fischer.de, Tel. 09 11-8 10 67 42	Seminar für BR/PR/MAV	<b>Nürnberg</b> Tratzenzwinger

**München: siehe immer auch: [www.gew-muenchen.de](http://www.gew-muenchen.de). Weitere Informationen über unsere Mailinglist, Eintrag jederzeit widerruflich! Bitte per e-mail anfordern.**

\* Anmeldung erbeten, falls nicht anders angegeben über:

GEW-Büro z.Hd. W. Schottenloher, Richard-Wagner-Str. 5, 93055 Regensburg, Tel./Fax: 09 41-79 36 95, e-mail: GEW21972@aol.com

\*\* Teilnahmegebühr

# GEW-Stammtische ... Kontakte ... GEW-Stammtische ... Kontakte

Diese Treffen finden regelmäßig statt, nicht jedoch in den Ferienzeiten. Die Übersicht wird ständig aktualisiert, entsprechende Hinweise bitte an: GEW-Büro für Gewerkschaftliche Bildungsarbeit, Werner Schottenloher, Richard-Wagner-Str. 5/II., 93055 Regensburg, ☎ / Fax 09 41/79 36 95, e-mail: gew21972@aol.com

**Aschaffenburg** jeden Mittwoch, 20.00 Uhr, Pizzeria Venezia  
Kontakt: Eberhard Rauch, ☎ 0 60 21/5 26 46

**Bad Neustadt** jeden 4. Dienstag im Monat, 20.00 Uhr, Café Rhönperle  
Kontakt: Wolfgang Büchner, ☎ 0 97 73/82 86

**Bayreuth** jeden 1. Dienstag im Monat, 20.00 Uhr, Bistro JoJo, Schulstraße  
Kontakt: Helmut Oskar Brückner, ☎ 09 21/7 31 31 03

**Coburg** jeden 2. Donnerstag im Monat,  
20.00 Uhr, Naturkostrestaurant »Tie«  
Kontakt: Karin Seifert-Lobedank, ☎ 0 95 61/81 20 36

**Donau-Ries/Dillingen** monatlich Mittwoch nach Vereinbarung, 19.30 Uhr,  
wechselnd: DGB-Haus Nördlingen oder Posthotel Traube Donauwörth  
Kontakt: Hansjörg Schupp, ☎ 0 90 83/4 16, Fax: 0 90 83/9 10 78

**Erlangen** jeden 1. Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Gaststätte Gärtla  
Kontakt: Hannes Henjes, ☎ 0 91 93/17 12

**Forchheim** jeden 2. Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr, DreiBauernStüberl  
Kontakt: Andreas Hartmann, ☎ 0 91 91/70 24 32

**Fürth** jeden Freitag 13.20 Uhr, Gaststätte BAR, Gustavstraße  
Kontakt: Gerhard Heydrich, ☎ 09 11/8 01 97 00

**Haßfurt** jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, Alte Schule  
Kontakt: Walter Richter, ☎ 0 95 23/76 89

**Ingolstadt** jeden 3. Donnerstag im Monat,  
20.00 Uhr, Ölbaum (a.d. Schleifmühle)  
Kontakt: Bruno Appel, ☎ 08 41/5 46 83

**Kempten** jeden 1. Dienstag im Monat, 20.00 Uhr, Gaststätte Korbinian  
Kontakt: Doris Lauer, ☎ 08 31/2 79 10

**Lindau** jeden 3. Dienstag in ungeraden Monaten,  
20 Uhr, Weinstube Reutin  
Kontakt: Irene Mathias, ☎ 0 83 82/2 83 09

**München Fachgruppe Grund- und Hauptschulen**, nach Absprache  
Kontakt: Jürgen Pöbnecker, ☎ 0 89/66 80 91

**München Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe**  
Termine: [www.gew-muenchen.de](http://www.gew-muenchen.de)  
Kontakt: Stefan Teuber, ☎ 0 89/36 72 77

**München AG SprachlehrerInnen** jeden 2. Donnerstag,  
19.00 Uhr, DGB-Haus, Stammtisch-Termine: [www.gew.muenchen.de](http://www.gew.muenchen.de)  
Kontakt: Inge Poljak, ☎ 0 89/76 97 95 55

**München Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe**  
jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, DGB-Haus  
Programm: [www.gew-muenchen.de](http://www.gew-muenchen.de)  
Kontakt: Gretl Danner, ☎ 0 89/7 46 05 78

**München Fachgruppe Berufliche Schulen** Termine auf Anfrage  
Kontakt: Joe Lammers, ☎ 0 89/3 08 82 43

**München GEW-Hochschulgruppe**  
Kontakt: Michael Bayer, ☎ 0 89/2180-2072, michaelb@stuve.uni-muenchen.de

**Neumarkt/Oberpfalz** Mittwoch nach Vereinbarung, 19.30 Uhr, Plitvice  
Kontakt: Ulrich Wehner, ☎ 0 91 81/10 64

**Neu-Ulm/Günzburg** monatlich, Termin auf Anfrage  
Gasthaus Lepple, Vöhringen, oder Bad Wolf, Neu-Ulm  
Kontakt: Ulrich Embacher, ☎ 0 73 07/2 33 96

**Nürnberg AK Gewerkschaftlicher Durchblick**  
jeden Dienstag, 21.00 Uhr, Heimat, Eberhardshofstraße  
Kontakt: Geschäftsstelle, ☎ 09 11/6 58 90 10

**Nürnberg Fachgruppe Berufliche Schulen** Termine auf Anfrage  
Kontakt: Reinhard Bell, ☎ 09 11/3 18 74 56

**Pfaffenhofen/Niederscheyern** jeden 2. Donnerstag im Monat,  
20.00 Uhr, Beim Griechen/Müllerbräukläuse  
Kontakt: Norbert Lang-Reck, ☎ 0 84 41/7 11 92

**Regensburg** jeden 2. Donnerstag im Monat, 20.30 Uhr, Leerer Beutel  
Kontakt: Peter Poth, ☎ 09 41/56 60 21

**Rosenheim/Kolbermoor** jeden 3. Donnerstag im Monat,  
19.30 Uhr, Pizzeria Milano/Zum Mareis  
Kontakt: Andreas Salomon, ☎ 0 80 31/9 51 57

**Schweinfurt** jeden 2. Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Café Vielharmonie  
Kontakt: Karl-Heinz Geuß, ☎ 0 97 21/18 69 36

**Selb** jeden 1. Schulmontag im Monat, 20.00 Uhr,  
Golden Inn, Bahnhofstraße  
Kontakt: Fred Leidenberger, ☎ 0 92 53/12 21

**Sulzbach-Rosenberg** jeden 3. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr,  
Gaststätte Sperber  
Kontakt: Manfred Schwinger, ☎ 0 96 61/77 55

**Traunstein** jeden 2. Montag im Monat, 20.00 Uhr,  
Gaststätte Schnitzelbaumer  
Kontakt: Manfred Doetsch, ☎ 08 61/86 74

**Unterallgäu/Memmingen** jeden 1. Schuldonnerstag im Monat, 20.00 Uhr,  
Parkhotel a.d. Stadthalle  
Kontakt: Bertram Hörtensteiner, ☎ 0 83 32/64 66

**Weiden** jeden 1. Montag im Monat, 19.30 Uhr, Bräustüberl (Kaisereck)  
Kontakt: Anna Forstner, ☎ 09 61/4 01 76 30

**Weißenburg (Mfr.)** jeden 1. Donnerstag im Monat, 19.00 Uhr, Casino  
Kontakt: Manfred Loy, ☎ 0 91 41/24 93

**Würzburg** jeden 2. Dienstag (ab 1. Schultag nach Ferien),  
20.30 Uhr, Altdeutsche Weinstube  
Kontakt: Jörg Nellen, ☎ 09 31/1 22 04

**Kontakte und Infos gibt es auch über die Homepage der GEW Bayern: [www.bayern.gew.de](http://www.bayern.gew.de)**

## Information des Landesausschuss für Studentinnen und Studenten (LASS) Bayern:

Infoportale zum BAföG Datenabgleich:

- [www.bafoeg-datenabgleich.tk](http://www.bafoeg-datenabgleich.tk)
- <http://www.bayern.gew.de/lasse/inhalte/studienfinanzierung/bafoeg-rasterfahndung.htm>

Unsere kostenlose allgemeine BAföG-Beratung:  
jeden Dienstag von 19 bis 21 Uhr unter Tel.: 09 11 – 1 30 56 16  
E-Mail: [studis.bafoeg@bayern.gew.de](mailto:studis.bafoeg@bayern.gew.de)

## Unabhängige Friedensforschung stärken

Das Forschungsinstitut für Friedenspolitik e.V. (FF) in Weilheim ist den meisten politisch interessierten Menschen aus den Medien vertraut. Sie sind auf dem Buchmarkt, im Fernsehen, im Radio und in ihrer Zeitung auf Informationen aus dem Institut gestoßen. Das FF erforscht die Hintergründe von bewaffneten Konflikten und Krisen, untersucht mit wissenschaftlichen und investigativen Methoden die Interessen der beteiligten Parteien und konzentriert sich dabei auf die Brennpunkte des Weltgeschehens im Nahen und Mittleren Osten, in Afrika und beim Internationalen Terrorismus.

Das FF berät seit 1981 als Gegenexpertenstelle soziale Bewegungen, informiert Multiplikatoren in der schulischen und außerschulischen Bildung und ist zugleich ein viel gefragter Ansprechpartner der Medien. Seine Stärke und die Fähigkeit, kritisch und frühzeitig brisante Themen aufzugreifen, beruht auf der völligen Unabhängigkeit von Parteien, weil es von einzelnen Mitgliedern und Spendern finanziert wird. Weil das FF wegen der Förderung der Wissenschaft als gemeinnützig anerkannt ist, sind Spenden oder der Mitgliedsbeitrag (77 Euro p.a.) steuerlich abzugsfähig.

Der Kreis unserer Förderer aus der Kriegsgeneration des Zweiten Weltkriegs wird kleiner und kleiner. Der Zuwachs der letzten Jahre an neuen Mitgliedern – vor allem aus den Gewerkschaften – reicht bisher nicht aus, um diesen Verlust zu kompensieren. Um auch in den nächsten Jahren erfolgreich arbeiten zu können, benötigen wir weitere Förderer, die dem Unfrieden in der Welt Wissen und Engagement entgegensetzen wollen. Für den Generationswechsel in einer wieder erstarkenden Friedensbewegung brauchen wir Ihre Unterstützung, sei es durch eine Spende oder eine Mitgliedschaft. Spendenkonto: Raiffeisenbank Weilheim (BLZ 701 696 02), Konto 4825012.

**Erich Schmidt-Eenboom (Vorsitzender)**

Weitere Informationen über:  
Forschungsinstitut für Friedenspolitik e.V.  
Postfach 1251 • 82362 Weilheim  
oder Telefon 08 81 – 45 86.